

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Dienstag, 12. Dezember 2023, 19.30 Uhr, Gemeindesaal

| | |
|-----------------------------|---|
| Vorsitz | Gemeindepräsident Walter Lipp |
| Protokoll | Gemeindeschreiberin Andrea Bertolosi |
| Anwesend Gemeinderat | Walter Lipp Barbara Schmid-Häseli Sonja Zeberg-Langenegger Pirmin Andermatt Zari Dzaferi Mark Gustafson Hans Küng |
| Stimmzähler | Marco Kathriner (Obmann) Armin Dörzbach Heidi Stalder Beat Schwander |
| Anzahl Anwesende | 237 Stimmberechtigte 9 Gäste |
| Zeit | 19.30 –22.08 Uhr |

Genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 14. März 2024.

Das Protokoll kann im Internet unter www.baar.ch eingesehen werden.

Begrüssung

Walter Lipp, Gemeindepräsident

Liebe Baarerinnen und Baarer
Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Werte Gäste

Ich darf Sie im Namen des Gemeinderates ganz herzlich zur Budgetgemeindeversammlung hier im Gemeindesaal willkommen heissen. Es freut uns, dass Sie so zahlreich der Einladung gefolgt sind. Vor der Versammlung hat eine Informationsveranstaltung der SBB zum Projekt Zimmerbergtunnel stattgefunden.

Seit der letzten Gemeindeversammlung vom 14. Juni 2023 ist in unserer Gemeinde wieder einiges passiert. So haben Sie an der Urne der neuen Informationsstelle für Altersfragen «falter», dem Bebauungsplan Spinnerei sowie den neuen Anstellungsbedingungen zugestimmt. Vielen Dank.

Wir durften die Eröffnung des SEB-Gebäudes Sennweid und der Dreifachturnhalle Sternmatt 2 feiern und wir haben die National- und Ständeratswahlen gut durchgeführt. Ebenfalls haben wir eine schöne 1. August-Feier, das Eidg. Jodlerfest und das Eidg. Scheller- und Trychlertreffen, eine kalte Chilbi und einen schönen Christchindimärt erlebt. Zudem durften wir den runden Geburtstag unserer Vizegemeindepräsidentin feiern.

Leider herrscht noch immer Krieg auf dieser Welt. Das stimmt uns nachdenklich. Wir dürfen nie vergessen, wie gut es uns geht und wo wir leben dürfen.

Wir haben heute Abend acht Traktanden, die es zu behandeln gilt.

Einen speziellen Gruss richte ich an die Presse. Vom Zugerbieter ist Florian Hofer und von der Zuger Zeitung Linda Leuenberger hier. Herzlich willkommen und besten Dank bereits jetzt für die gute Berichterstattung.

Die Einladungen und Publikation zur heutigen Gemeindeversammlung sind rechtzeitig erfolgt und somit kann die Budget-Gemeindeversammlung offiziell eröffnet werden.

Zuerst ist das Büro zu bestellen: Von Amtes wegen ist unser bewährter Weibel, Marco Kathriner, dabei. Heute wird er zusätzlich von seiner Stellvertreterin Edna Wyss unterstützt. Als weitere Stimmzähler kann ich vorschlagen: Armin Dörzbach, Heidi Stalder und Beat Schwander. Es stellt niemand einen anderen Antrag. Die Stimmzähler sind somit gewählt und ich danke ihnen für ihre Arbeit.

Weiter mache ich einen Hinweis auf das Stimmrecht. Nicht Stimmberechtigte haben sich zu melden. Wer sich nicht meldet, bzw. abstimmt, macht sich strafbar. Darf ich bitten, jene, welche nicht stimmberechtigt sind, kurz aufzustehen. Es sind 9 Gäste hier.

Ich kann Sie orientieren, dass seit der Drucklegung eine neue Motion eingegangen ist. Die Motion der Alternative – die Grünen betreffend Schaffung einer Anlaufstelle im Bereich Wohnen. Die Motion wird an der nächsten Gemeindeversammlung behandelt.

Die weiteren hängigen politischen Vorstösse sind auf Seite 4 der Vorlage aufgeführt. Die Interpellationen betreffend Tangente und die flankierenden Massnahmen, Kunst am Bau sowie Schulhausbau der Stadt Zug im Arbach und Fragen zum Zugerbieter werden wir heute Abend behandeln.

Weiter kann ich Sie darüber informieren, dass die Motion vom 13. September 2018 für ein Gesamtheitliches Infrastrukturprojekt für die Sportbelange in der Region Lättich im Einvernehmen mit dem Motionär Martin Pulver abgeschrieben werden kann. Der Masterplan Sportanlagen liegt nun vor und wird vor der kommenden Gemeindeversammlung im März 2024 vorgestellt.

Die Behandlung der Traktanden erfolgt gemäss Vorlage. Sie sind damit einverstanden.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. Juni 2023 – Genehmigung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 24. Oktober 2023 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Das Protokoll ist aufgelegt und konnte im Internet eingesehen werden. Es gibt keine Fragen zum Protokoll.

Antrag

Das Protokoll sei zu genehmigen.

Beschluss

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 2

Finanzplan 2024–2028 – Kenntnisnahme

Die Vorlage des Gemeinderates vom 24. Oktober 2023 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Ich darf das Wort Thomas Gwerder, dem Präsidenten der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, erteilen. Er ist ausserdem der neue Zunftmeister der Fröschenzunft Inwil. Wir gratulieren herzlich zu dieser grossen Ehre – wir freuen uns bereits auf die Fasnacht.

Thomas Gwerder

Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2024 - 2028 und stellt folgendes fest:

Das Jahr 2023 wird gemäss Hochrechnung mit einem Ertragsüberschuss von CHF 37.0 Mio. abschliessen, budgetiert war ein Ertragsüberschuss von CHF 5.1 Mio. Dieses erfreuliche Ergebnis ist hauptsächlich auf höhere Steuererträge bei den juristischen Personen zurückzuführen.

Die zu erwartenden Rechnungsergebnisse für die Planjahre 2024 - 2028 rechnen mit operativen Ertragsüberschüssen von CHF 61.1 Mio. Diese Ertragsüberschüsse aus den operativen Ergebnissen sollen gemäss Gemeinderat zwecks Vorfinanzierung für zukünftige Bauten zu 2/3 als ausserordentlicher Aufwand in der laufenden Rechnung verbucht werden und zu 1/3 als Ertragsüberschuss ausgewiesen werden. Die budgetierten Vorfinanzierungen für die Jahre 2024 – 2028 betragen CHF 38 Mio.

Nicht berücksichtigt sind im Finanzplan die Auswirkungen der Änderung des Steuergesetzes, welches im nächsten Jahr in Kraft tritt. Die Gemeinde Baar wird bei den Steuererträgen Mindereinnahmen haben, auf der anderen Seite fällt die Zahlung an den nationalen Finanzausgleich weg.

Es wird in der Vorlage die langfristige Finanzplanung der Gemeinde Baar bis zum Jahre 2041 aufgezeigt. Die Gemeinde Baar plant bis ins Jahr 2028 CHF 232 Mio. zu investieren.

Die Steuererträge für das Budget 2024 sind mit einem Steuerfuss von 53% und einem Steuerrabatt von 4% berechnet. Die Jahre 2025 bis 2028 sind mit einem Steuerfuss von 51% geplant.

Gaby Billing

Wir von der SP freuen uns, dass Baar finanziell so gesund und stark ist und danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für das sorgfältige Wirtschaften. Und danke auch für das umsichtige Aufbereiten der Finanzplanung, des Budgets und der Finanzstrategie.

Wir würden es begrüßen, wenn das nächste Mal das Langfristige vor dem Kurzfristigen behandelt wird, also die Finanzstrategie vor dem Finanzplan und dann das Budget. Es wäre etwas einfacher, stringent zu argumentieren. Ich versuche es, doch es wird sich nicht ganz vermeiden lassen, dass ich zwischen Plan und Strategie wechsele.

Man denkt, dass die Finanzstrategie keinen so grossen Einfluss hat. Doch schauen wir einmal genauer hin. In der Strategie steht, dass Baar unter den ersten drei steuergünstigsten Gemeinden ist. Wir sind sozusagen das Schnäppchen der Nation, die steuergünstigste Gemeinde. Unternehmen, die die günstigsten sein möchten, müssen die Kosten im Griff haben. Hat das Baar? Schauen wir doch einmal den Plan an. Auf Seite 17 sehen wir, dass wir den tiefsten Personalaufwand pro Einwohner im Kanton Zug haben. Wie steht es denn mit dem Sachaufwand? Auch hier sehen wir, dass wir auf dem 4. Platz sind. Es wird in Baar also so wenig wie möglich ausgegeben. Im Plan werden Personal und Kosten nur marginal erhöht. Teilweise auch nur, da wir wegen der neuen Personalverordnung mehr bezahlen müssen. Was macht jemand, der den günstigsten Preis bietet, sonst noch? Das Unternehmen schaut, dass immer genug Flüssiges vorhanden ist, damit flexibel auf den Markt reagiert werden kann und keine Immobilien im Besitz sind. Das macht Baar auch. Wir haben wenige Landreserven. Auch im Gemeindehaus ist die Verwaltung zur Miete. Unser Gemeindehaus ist ein Haus, in dem irgendeine Verwaltung drin sein könnte. Der Platz vor dem Haus sieht dann so aus, wie ein Platz aussieht, der niemandem gehört – seelenlos. Was stellen wir fest? Der Finanzplan und die Finanzstrategie trimmen Baar auf günstig. So wird kaum darauf eingegangen, was für enorme Aufgaben auf die Gemeinde zukommen. Stichworte: Aktuelle Schulhausprojekte, Bahnhof Baar, Zimmerbergtunnel, Klimawandel, Sportanlagen, erneuerbare Energien, Fachkräftemangel, Bevölkerungswachstum, weitere Firmen die wegen den Steuern zuziehen, Mobilität, Spinni, Neufeld, älter werdende Bevölkerung, knapper Wohnungsraum, Singlehaushalte.

Das Ziel von Baar ist es, die steuergünstigste Gemeinde zu sein. Wollen wir für Steuer-Schnäppli-Jäger aus der ganzen Welt attraktiv sein? Wollen wir riskieren, dass es in Baar in ein paar Jahren wie in einem Discounter abläuft? Es hat alles, was man zum Leben braucht aber es kommt keine Freude auf.

Wir von der SP wollen das nicht und wir werden bei der Strategie unter Traktandum 4 einen entsprechenden Antrag stellen. In diesem Sinne haben wir den Finanzplan zur Kenntnis genommen.

Walter Lipp

Das Wort wird nicht mehr gewünscht.

Das Gemeindehaus gehört uns.

Wir haben vereinbart, dass wir die Fragen nicht mehr am Ende der Diskussion beantworten, sondern jeweils direkt nach dem Votum.

Antrag

Vom Finanzplan für die Jahre 2024–2028 sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Vom Finanzplan für die Jahre 2024–2028 wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Budget 2024 – Genehmigung – Festsetzung der Steuern – Bericht des Gemeinderates – Stellungnahme der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

Die Vorlage des Gemeinderates vom 24. Oktober 2023 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Einleitend möchte ich festhalten, dass sich gegenüber dem vorliegenden Budget zwei Positionen verändert haben. Zum einen haben wir die Teuerung vom Kanton erhalten und zum anderen gibt es eine Änderung beim Personalbedarf im Betriebsamt. Zudem wurde gewünscht, dass der Finanzchef ein paar Äusserungen zur Steuergesetzrevision macht. Das Wort gebe ich deshalb zuerst an Pirmin Andermatt.

Pirmin Andermatt

Ich freue mich, dass Sie heute so zahlreich erschienen sind. Seit der Drucklegung und der 2. Lesung im Gemeinderat vom Budget 2024 haben sich drei Dinge verändert.

Die Teuerung wurde vom Regierungsrat nicht auf 2.2%, sondern auf 1.66% festgelegt. Das führt zu einem Minderaufwand beim Lohnaufwand. Bei 2.2% hätte der Lohnaufwand CHF 69'984'000.– betragen, bei 1.66% beträgt der Lohnaufwand CHF 69'583'000.–, was einen Minderaufwand von CHF 401'000.– ausmacht.

Der zweite Punkt ist die Pensenbewilligung im Betriebsamt. Nach der Personalplanung, die im Gemeinderat verabschiedet wurde, mussten wir feststellen, dass im Betriebsamt stark steigende Fallzahlen zu mehr Aufwand führen. Zum Zeitpunkt der Personalplanung war das nicht vorhersehbar. Das führt zu Auswirkungen auf das Budget 2024. Die Lohnkosten betragen dafür rund CHF 110'000.– mehr, auf der anderen Seite stehen steigende Gebührenerträge von rund CHF 150'000.–.

Als dritter Punkt wurde am 26. November erfreulicherweise die Änderung des Steuergesetzes, 8. Paket, angenommen. Auch das hat Auswirkungen auf das Budget 2024. In der Juni-Sitzung der Finanzchefs wurde zusammen mit dem Finanzdirektor beschlossen, dass die Auswirkungen in den Budgets 2024 nicht abgebildet werden. Das steht auch so in der Vorlage. Ich möchte trotzdem aufzeigen, was diese Abstimmung für das Jahr 2024 bedeutet. Es gibt Mindererträge gemäss Steuergesetzrevision von CHF 8.72 Mio. Es schlägt nicht voll durch, da nicht alles Gegenwartsbesteuert ist, sondern auch mit Vergangenheitsbemessung. Es wird erst ab dem Jahr 2025 kostenneutral mit einem Ertrag, der sich zusammenstellt aus dem Wegfall des NFA-Beitrags von CHF 8.94 Mio. und einem Unterkompensationsbeitrag, der von den Finanzchefs und dem Finanzdirektor, und damit auch im Kantonsrat, gutgeheissen wurde, für Baar in der Höhe von CHF 790'000.–. Das macht Minderaufwendungen von CHF 9.73 Mio. Wir haben dadurch, dass es bei den Steuern noch nicht voll durchschlägt, rund CHF 1 Mio. Mehreinnahmen. Die RGPK hat selbstverständlich die Möglichkeit, diese Zahlen jederzeit nachzuprüfen.

Thomas Gwerder

Als Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission haben wir gemäss unseres im Gemeindegesetz verankerten Auftrags das Budget für das Geschäftsjahr 2024 geprüft. Für die Erstellung des Budgets ist der Gemeinderat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, dieses zu prüfen und zu beurteilen.

Das Budget 2024 weist einen Ertragsüberschuss von CHF 8.5 Mio. aus, dies bei einer budgetierten Vorfinanzierung für den Schulhausneubau beim Wiesental über CHF 12 Mio. Der Fiskalertrag nimmt gegenüber dem Budget 2023 um CHF 14.4 Mio. zu. Nicht berücksichtigt sind im vorliegenden Budget die Auswirkungen der 8. Steuergesetzrevision, welches im nächsten Jahr in Kraft tritt. Die Abstimmung über diese Steuergesetzrevision war nach dem Erstellen der Budgets und die Auswirkungen wurden von Pirmin Andermatt aufgezeigt. Die Gemeinde Baar wird bei den Steuererträgen Mindererträge haben, auf der anderen Seite fällt die Zahlung an den nationalen Finanzausgleich weg.

Der Personalaufwand steigt um CHF 5.6 Mio. gegenüber dem Budget 2023. Davon sind 1.4 Mio. auf den Teuerungsausgleich von 2.2% zurückzuführen, welchen das Personal erhalten soll. Der Teuerungsausgleich wird aber aufgrund des kürzlich gefassten Beschlusses des Kantonsrates und des Gemeinderates für das Personal nun bei 1.66% liegen. Somit werden die Kosten des Personals aufgrund der tieferen Teuerung um CHF 400'000.– tiefer ausfallen als budgetiert. Die Personalkosten erhöhen sich um CHF 1.6 Mio. aufgrund der neuen Anstellungsbedingungen beim Personal der Verwaltung und beim Lehrpersonal. Die vom Gemeinderat auf das Jahr 2024 bewilligten Stellen inklusive Stufenanstieg und TREZ bei der Verwaltung verursachen höhere Kosten von CHF 0.7 Mio. bei der Verwaltung und budgetierte Mehrkosten von CHF 1.8 Mio. bei den Lehrpersonen. Nicht im Budget ist die Stelle einer neuen Person im Betriebsamt, da diese erst letzte Woche vom Gemeinderat genehmigt worden ist.

Der Sachaufwand steigt im Total um CHF 0.6 Mio. und die Abschreibungen werden um CHF 2.9 Mio. höher sein als im Vorjahr.

Die Berechnungen finden mit einem Steuerfuss von 53% und einem Steuerrabatt von 4% statt. Zwei Mitglieder der RGPK sind mit dem Steuerfuss von 53% mit einem Steuerrabatt von 4% einverstanden, zwei Mitglieder wünschen einen Steuerrabatt von 5.5% und ein Mitglied möchte keinen Steuerrabatt.

Die RGPK ist einverstanden, die Planjahre von 2025-2028 mit einem Steuerfuss von 51% zu budgetieren.

Gemäss Vorlage sollen Vorfinanzierungen von CHF 12 Mio. für den Schulhausbau Wiesental in der laufenden Rechnung 2024 gebucht werden. Die RGPK ist grossmehrheitlich dagegen, Vorfinanzierungen zu budgetieren. Aus Sicht der RGPK sollen Vorfinanzierungen erst an der Rechnungsgemeinde mit der Verwendung des Ertragsüberschusses beschlossen werden.

Wir stellen fest, dass die Bestimmungen gemäss Finanzhaushaltsgesetz eingehalten werden. Die wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr sind begründet.

Unter der Berücksichtigung der obigen Ausführungen empfiehlt die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission:

- Einstimmig den Steuerfuss bei 53% festzulegen
- Mehrheitlich einen Steuerrabatt von 4% zu gewähren
- Grossmehrheitlich keine Vorfinanzierung im Umfang von CHF 12 Mio. zu budgetieren
- Einstimmig das Budget 2024 zu genehmigen

Die RGPK dankt dem Gemeinderat, den gemeindlichen Angestellten und den Kommissionsmitgliedern für ihren Einsatz im vergangenen Jahr und wünscht Ihnen allen eine besinnliche Adventszeit, frohe Festtage und ein gutes Neues Jahr.

Andreas Lustenberger

Gerne nehme ich im Namen der Alternative – die Grünen zum Budget 2024 Stellung und werde einleitend einige grundsätzliche Überlegungen von uns ausführen, bevor wir in der Detailberatung zwei Anträge stellen werden.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass es der Gemeinde Baar weiterhin finanziell sehr gut geht. Sowohl das Ergebnis 2023 wie auch das prognostizierte Ergebnis 2024 und die Ergebnisse darüber hinaus werden voraussichtlich positiv ausfallen. Für die solide Budgeteinhaltung geht unser bester Dank an den Gemeinderat und das gesamte Personal der Gemeinde. Während im Bundeshaus in Bern das grosse Spargespenset herum geht, müssen wir uns in Baar dazu keine Sorgen machen. Das ist grundsätzlich erfreulich und bietet der Gemeinde Baar, den anderen 10 Zuger Gemeinden und dem Kanton die Möglichkeit, mittels sinnvoller Investitionen in unseren Wohlstand, unsere natürliche Lebensumgebung und in den Zusammenhalt der gesamten Bevölkerung längerfristig zu investieren. Zur Investitionsthematik wird sich beim Traktandum zur Finanzstrategie mein Parteikollege Simon Uster noch ausführlicher melden.

Den Zuger Gemeinden und dem Kanton geht es so gut, dass wir heute und auch zukünftig über weitere Steuerrabatte und Steuersenkungen diskutieren. Uns von der ALG bereitet diese Entwicklung Sorgen. Klar – der finanzielle Erfolg der Gemeinde Baar beruht auf den sehr potenten natürlichen und juristischen Steuerzahlenden. Man sieht in der längerfristigen Betrachtung, dass Steuersenkungen nicht zu weniger Ertrag führen, sondern sogar zu mehr. Der Kanton Zug hat heute schon schweizweit die grösste Dichte an Millionärinnen und Millionären und mit weiteren Steuersenkungen wird das auch zukünftig zunehmen. Ich bin sicher, dass wir heute noch viel hören werden, dass man dem Steuerzahler etwas zurückgeben muss. Aber was bei dieser Aussage immer vergessen geht: Wir machen hier auch ein Geschenk an kommende Steuerzahler, die heute noch in den umliegenden Kantonen wohnen. Also quasi ein Weihnachtsgeschenk an sehr wohlhabende Leute, die in den nächsten Jahren rein aus finanziellen Gründen gerne ihren Wohnsitz in unseren Kanton und unsere Gemeinde verlegen werden. Macht das Sinn? Wir von der ALG sehen diese Entwicklung nicht positiv. Denn einerseits erhöht der Steuerwettbewerb weiterhin den Druck auf unsere Immobilien und dementsprechend auf die Mietkosten und andererseits entziehen wir mit dem Steuerwettbewerb auch wichtiges Steuersubstrat aus anderen Kantonen.

In diesem Zusammenhang stellen wir deshalb von der ALG zusammen mit der SP folgenden Antrag, den wir mit der Gemeindeschreiberin und dem Finanzvorsteher vorgängig besprochen haben: Anstelle des vorgeschlagenen Steuerrabatts von 4% soll ein Steuerrabatt von 2% gewährt werden. Die anderen 2%, die CHF 2.46 Mio. ent-

sprechen, sollen in Form von Baarer Franken an die gesamte Bevölkerung, an die jetzige Bevölkerung unserer Gemeinde, verteilt werden. Ich werde bei der Detailbehandlung noch mehr dazu ausführen.

Wir stellen noch einen zweiten Antrag, der mit Blick auf das grosse Finanzvolumen, CHF 160 Mio. Umsatz im Budget und die zu erwartenden Erträge, eher im kleinen Bereich ist. Umso unverständlicher finden wir, dass die Gemeinde Baar zusammen mit den anderen Zuger Gemeinden entschieden hat, ab dem kommenden Jahr die SBB-Gemeindetageskarte nicht mehr weiterzuführen. Wir stellen deshalb bei der Abteilung Präsidiales / Kultur den Antrag, dass die Tageskarten ab dem Jahr 2024 weiterhin im Sortiment der Gemeinde Baar bleiben sollen.

Zum Abschluss unseren besten Dank an die Gemeinde, für die sachgerechte Finanzierung und allen für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr. Schön, dass wir auch im nächsten Jahr auf euch zählen können.

Olivia Bühlmann

Im Namen der Mitte Baar möchte ich mich für die Anträge des Gemeinderates aussprechen. Die Mitte Baar unterstützt den Antrag des Gemeinderates, den Steuerrabatt bei 53% zu belassen, einen Steuerrabatt von 4% zu gewähren, die Vorfinanzierungen im Umfang von CHF 12 Mio. zu Gunsten des Schulhauses Wiesental vorzunehmen und das Budget 2024 zu genehmigen.

Pünktlich zu Weihnachten wird die Gemeinde Baar voraussichtlich wieder richtig beschenkt. Bei einem zu erwartenden Überschuss von fast CHF 37 Mio. für das Jahr 2023 dürfen wir uns definitiv nicht beklagen. Auch für das Jahr 2024 sieht es – Stand heute – nicht schlecht aus. Es wird ein Überschuss von CHF 8.5 Mio. budgetiert und somit erwartet.

Vor diesem Hintergrund und zum erwartenden diesjährigen Überschuss von CHF 37 Mio. ist ein Steuerrabatt von 4% definitiv zu unterstützen. Im Weiteren sind, wie bereits erwähnt, auch die Vorfinanzierungen zu unterstützen. Aufgrund des hohen Investitionsbedarfs – wir werden im nächsten Jahr voraussichtlich CHF 54 Mio. investieren – sind diese Vorfinanzierungen unbedingt notwendig. Mittels Vorfinanzierungen wird im Rahmen des Budgets ein Teil des zu erwartenden Gewinns bereits in anstehende und geplante Projekte, vorliegend dem Schulhaus Wiesental, zugewiesen. Durch Vorfinanzierungen können und sollen wir die hohe finanziellen Belastung, die im Rahmen der anstehenden Projekte vor uns steht, gerecht über mehrere Jahre verteilen und somit auch die Entlastung für zukünftige Generationen bilden.

Somit unterstützt die Mitte Baar zusammenfassend alle Anträge des Gemeinderates für das Budget 2024.

Abschliessend ist zu erwähnen, dass es die Mitte Baar begrüsst, dass der Gemeinderat für die kommenden Jahre eine Steuersenkung gegenüber einem Steuerrabatt prüfen wird. Zwar sehen wir den Vorteil eines Steuerrabatts: Man behält sich eine genügende Flexibilität und Sicherheit vor, wenn es uns irgendwann nicht mehr so gut gehen würde. Der Steuerrabatt ist jedoch gegenüber einer dauerhaften Steuersenkung bei diesen budgetierten und auch erreichten Überschüssen nicht ganz ehrlich gegenüber dem Bürger und Steuerzahler. Das haben offensichtlich auch alle anderen Ge-

meinden im Kanton erkannt und viele haben schon auf das Jahr 2024 ihre Steuern dauerhaft gesenkt. Wir sind deshalb gespannt, was das Jahr 2024 bringen wird und was der Gemeinderat für das nächste Budget beantragen wird.

Alexandra Müller

Es ist sehr erfreulich und zu begrüßen, dass der Gemeinderat nach mehreren Jahren der Sondereffekte, seine Praxis bezüglich Steuerfussenkungen ändert. Wieso der Steuerfuss jedoch nicht bereits per 2024 gesenkt wird, verstehen wir von der FDP Baar nicht. Im Vertrauen in den Gemeinderat und im Vertrauen darauf, dass die Steuerenkungen, wie sie im Finanzplan 2024–2028 vorgesehen sind, tatsächlich umgesetzt werden, verzichten wir darauf, einen Antrag auf sofortige Steuerfussenkung per 2024 zu stellen.

Der erwähnte Steuerrabatt empfinden wir jedoch unter den gegebenen Umständen und mit den kommenden Entlastungen der Gemeinden durch die Teilrevision des Zuger Steuergesetzes als zu tief. Wir schliessen uns daher der einen Hälfte der Finanzkommission an und stellen den Antrag, den Steuerrabatt auf 5.5% zu erhöhen.

Des Weiteren folgen wir bezüglich Antrag 3 dieses Traktandums dem Vorschlag der RGPK und empfehlen die Ablehnung. Wir sehen nicht ein, dass Vorfinanzierungen budgetiert werden sollen. Sie sind zusammen mit der Verwendung des Ertragsüberschusses zu beschliessen.

Ansonsten empfiehlt die FDP Baar, das Budget 2024 zu genehmigen.

Philippe Aeschi

Ich komme ursprünglich aus Allenwinden und wohne jetzt in Baar. Ich bin für die SVP in der Finanzkommission.

Gerne gebe ich im Namen der SVP ein Votum zum Budget 2024 ab. Das Budget 2024 projiziert ein sehr solides Bild. Trotz rekordhoher geplanter Investitionen von mehr als CHF 55 Mio. und die Bildung von Vorfinanzierungsreserven von CHF 12 Mio. budgetiert die Gemeinde Baar für das Jahr 2024 ein Gewinn von mehr als CHF 8.5 Mio. oder nach neusten Erkenntnissen CHF 9.5 Mio.

Baar hat in den letzten Jahren schon immer sehr viel Gewinn ausgewiesen und jeweils immer deutlich mehr als budgetiert. Im Jahr 2016 hat man CHF 15.4 Mio. Gewinn gemacht, im Jahr 2017 CHF 19.5 Mio., im Jahr 2018 fast CHF 30 Mio., im Jahr 2019 CHF 21 Mio., im Jahr 2020 CHF 14 Mio., im Jahr 2021 CHF 10 Mio. und im Jahr 2022 CHF 19 Mio. Für das Jahr 2023 hat Baar vor einem Jahr im Gemeindesaal an der Gemeindeversammlung einen Gewinn von gerade mal CHF 5 Mio. budgetiert. Jetzt wissen wir – ein paar Wochen vor Jahresende – dass wir einen Gewinn von CHF 37 Mio. haben werden. Wir von der SVP begrüßen es, wenn die verfügbaren Mittel, also Steuergelder, ökonomisch effizient eingesetzt und die Leistungen kostengünstig und wirksam effektiv erbracht werden, wie es die Finanzstrategie definiert. Wenn die Gemeinde Baar eine privat-rechtliche Gesellschaft wäre, wären solche Gewinne höchst erfreulich. Baar ist jedoch eine öffentlich-rechtliche Gemeinde und die erzielten Gewinne sind Steuergelder, die wir alle in diesem Raum bezahlen. Wir sind der Meinung, wenn eine Gemeinde mit ihren Ressourcen effizient umgeht, müsste sie nicht benötigte Steuereinnahmen dem Steuerzahler zurückgeben.

Zusammenfassend haben wir drei Probleme mit der gemeindlichen Budgetierung.

1. Die gewaltigen Gewinne der letzten Jahre. Der Steuerfuss ist seit dem Jahr 2018, also seit 6 Jahren, konstant bei 53% geblieben.
2. Die eher konservative Budgetierung. Gewinn fällt schlussendlich immer höher aus, als budgetiert. Das sehen wir in diesem Jahr eindrücklich, wo man sich um 740% verschätzt hat.
3. Die Vorfinanzierungsreserven sind buchhalterisch eigentlich nicht nötig und sogar eher falsch. Die RGPK unterstützt sie ebenfalls grossmehrheitlich nicht. Sie beschönigen das Resultat negativ. Ohne die Vorfinanzierungsreserven wäre der budgetierte Gewinn nicht CHF 8.5 Mio. bzw. CHF 9.5 Mio., sondern mehr als CHF 20 Mio. Deshalb nochmals zurück zur Finanzstrategie. Dort steht, dass der Steuerfuss gesenkt wird, wenn er aufgrund der finanziellen Perspektiven während den kommenden 5 Jahren auf tieferem Niveau beibehalten werden kann. Das Pflichtenheft der Finanzkommission sagt, dass bei mehrjährigen Ertragsüberschüssen, mehr als 2 Jahre in Folge, zwingend geprüft werden muss, inwieweit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bei der Überschussverwendung berücksichtigt werden können. Beispielsweise mittels Steuerrabatt oder einer Steuersenkung.

Wir sind der Meinung, dass die Gemeinde Baar schon lange den Steuerfuss hätte senken müssen. Die Gemeinde gibt aber offenbar lieber einen Steuerrabatt, wie in den Jahren 2020 und 2023, da sie dann nicht daran gebunden ist, den Steuerrabatt auch in Zukunft zu geben. Für uns Steuerzahler und für die in Baar angesiedelten Unternehmen sind solche Steuerrabatte aber eher ärgerlich. Es macht den Steueraufwand nicht planbar. Deshalb bevorzugen wir eine Steuerfussenkung. Nichtsdestotrotz reden wir nun beim Budget 2024 wieder von einem Steuerrabatt von 4%. Wir finden, wenn wir nur einen Rabatt geben und keine Steuersenkung, muss dieser mindestens höher ausfallen als im Jahr 2023, denn die budgetierten Finanzerträge sind um CHF 14.4 Mio. höher. Daher unterstützen Sie bitte den Antrag, den wir zusammen mit der FDP ausgearbeitet haben, dass wir den vorgeschlagenen Steuerrabatt von 4% auf 5.5% erhöhen. Die zusätzlichen 1.5% Steuerrabatt haben eine geringe Wirkung auf das Budget der Gemeinde Baar. Wir sprechen hier von CHF 1 bis CHF 2 Mio. weniger Gewinn. Der effektive Steuerfuss wäre noch immer höher als 50% und wir würden somit keinen unnötigen Steuerwettbewerb anheizen. Es hätte eine symbolische Wirkung und jeder von uns würde ein bisschen davon profitieren. Die Gemeinde Baar würde weiterhin glaubwürdig und attraktiv bleiben und die Finanzstrategie umsetzen. Zudem sind wir der Meinung, dass damit weiterhin eine schlanke Verwaltung garantiert werden kann. Zu grosse Gewinne sorgen dafür, dass die Verwaltung eher überbordert und sich quasi ausbaut. Sie sehen auf Seite 6 den Personalaufwand der Gemeinde Baar. Er erhöht sich vom Jahr 2022 von CHF 62 Mio. auf CHF 78 Mio. im Jahr 2028. Das ist eine Steigerung von 25%. Uns ist wichtig, dass sich die Gemeinde auch künftig auf ihre Kernaufgaben konzentriert.

Wir danken Ihnen für die Unterstützung des Antrags, einen Steuerrabatt von 5.5% auf den Steuerfuss zu gewähren.

Gaby Billing

Die SP Baar stellt auch dieses Jahr fest, dass die Steuererträge massiv über den Erwartungen liegen und die budgetierten Kosten werden eher unterschritten. Wir gehen davon aus, dass auch das Jahr 2024 eher vorsichtig budgetiert wurde. Wir freuen uns natürlich auch, dass es der Gemeinde Baar so gut geht und wir in dieser komfortablen Lage sind.

Wir haben noch ein paar Fragen zum Budget.

Eine Frage geht an den Finanzvorstand Pirmin Andermatt. Die Sondereffekte wurden einige Male erwähnt. Es geht um die Sondereffekte der Unternehmen. Gibt es dort allenfalls Beispiele, damit wir besser einschätzen können, ob sie in Zukunft wieder eintreffen werden?

Wir haben eine Frage an den Bauvorstand. Wir haben schon mehrmals gehört, dass das Investitionsvolumen im nächsten Jahr nochmals um CHF 7 Mio. auf total CHF 54.7 Mio. zunimmt. Wir verbauen in Baar täglich ca. CHF 220'000.–. Das sind grosse Beträge und eine grosse Verantwortung. Daneben läuft das Tagesgeschäft weiter und wir haben viele Herausforderungen der Zukunft. Ich habe sie vorhin schon erwähnt, das sind beispielsweise Bahnhof Baar, Sportanlagen, Klimawandel etc. Alle diese Herausforderungen betreffen eigentlich immer auch den Bau. Es ist ganz wichtig, dass wir als Gemeinde vorausschauen und uns für die Zukunft wappnen. Wir wissen, dass es im Moment sehr schwierig ist, gute Leute zu finden, Stichwort Fachkräftemangel. Wir haben gesehen, dass auf Seite 20 zusätzliche Stellen bewilligt wurden. Das hängt auch mit den vielen Projekten im Zusammenhang mit den Schulhausbauten zusammen. Wir möchten von Zari Dzaferi wissen, ob es realistisch ist, dass diese Stellen besetzt werden können, wie viele Stellen im Moment nicht besetzt sind, und ob mit der aktuellen Stellenbesetzung das Investitionsvolumen bezüglich Termin, Preis und Qualität gestemmt werden kann.

Wir haben noch eine Frage an die Abteilung Soziales / Gesellschaft. Wenn man den Aufwand und Ertrag beim Konto 711 miteinander verrechnet, bleibt im Jahr 2024 ein Aufwand von CHF 2.5 Mio. im 2023 sind es CHF 2.1 Mio. Das nimmt leicht zu. Als Erklärung wird geschrieben, dass das Unterstützungsvolumen pro Fall abnimmt. Wir würden gerne von Barbara Schmid-Häseli wissen, was damit genau gemeint ist.

Wir unterstützen den Gemeinderat, dass er den Zugerbieter unabhängig unterstützen möchte. Darauf kommen wir noch zu sprechen. Wir empfehlen, das Budget und die Anträge zur Annahme. Wir unterstützen auch den Antrag der ALG bezüglich Steuerrabatt.

Walter Lipp

Wir beantworten die Fragen.

Pirmin Andermatt

Zu den Sondereffekten geben wir im Geschäftsbericht Antworten. Ich kann heute schon ein bisschen ausführen. Beim Finanzplan haben wir ausgeführt, dass wir jeweils mit der kantonalen Finanzverwaltung zusammensitzen. Dort werden uns die grösseren Steuerzahlen sowohl bei juristischen wie auch bei natürlichen Personen mitgeteilt. Es werden vor allem die Veränderungen gezeigt. Ich bitte um Verständnis, dass ich hier keine Namen nennen kann. Grundsätzlich geht es um besser als prognostizierte Abschlüsse, die gewisse Unternehmen haben, Zuzüge und vor allem Erträge unter anderem von Finanzgesellschaften und Lizenzeinnahmen. Das ist der grosse Block.

Es gab noch weitere Punkte. Zuerst möchte ich jedoch den Dank an die RGPK für die geleistete Arbeit aussprechen aber auch meiner Abteilung und den Mitarbeitenden der

Verwaltung für die umsichtige Budgetierung im Namen des gesamten Budgetprozesses. Ich möchte klar erwähnen, dass das Notwendige vom Wünschbaren getrennt wurde.

Das Thema Steuerwettbewerb wurde angesprochen. Dieses Thema wurde an der Konferenz der Finanzchefs, welche einmal im Frühling und einmal im Herbst stattfindet, angesprochen. Es möchte niemand im Kanton Zug einen Steuerwettbewerb. Auf der anderen Seite ist es auch nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, Steuern auf Vorrat einzunehmen. Wir haben Überschüsse und der sprechende Finanzchef ist froh, dass wir die Überschüsse in den letzten Jahren hatten. So können wir auch die vor uns liegenden Investitionen aus eigener Kraft stemmen und nicht unseren nächsten Generationen als

Schulden übergeben. Ende der 60er, anfangs der 70er Jahre hatte die Einwohnergemeinde Baar einen Verschuldungsgrad von 150%. Das ist eine komplett andere Situation. Wir sind jetzt zusammen mit dem Kanton Zug finanziell sehr gut gebettet. Die Hauptaufgabe ist es, in dieser guten Situation richtig zu investieren, Geld dort auszugeben, wo wir müssen, und auch für die nächsten Generationen etwas zu machen.

Damit komme ich zum Thema der Vorfinanzierungen. Wir haben diese in den letzten Jahren vorgenommen. Es wurde gesagt, dass es nicht zu Lasten des Budgets gehen soll. Wenn ich die Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren anschau, steht in der Fachempfehlung 08: Die Bildung von Reserven für noch nicht beschlossene Vorhaben kann budgetiert oder mit dem Rechnungsabschluss vorgenommen werden. Für uns vom Gemeinderat ist eine Vorfinanzierung genau gleich zu budgetieren, wie ein Abschreibungsaufwand. Für uns geht das in die gleiche Richtung. Fachempfehlung 10: Insbesondere auf Gemeindeebene tragen Vorfinanzierungen dazu bei, dass die finanzielle Belastung von grossen Vorhaben auf mehrere Jahre verteilt werden kann. Genau das ist unsere Aufgabe, umsichtig und vorausschauend mit dem was wir haben umzugehen und den nächsten Generationen etwas mitzugeben.

Zari Dzaferi

Bitte schlagen Sie die Vorlage auf Seite 33 auf. Dann kann ich sie verständlicher durch die verschiedenen Investitionen leiten.

Seitens der Bauabteilung stehen vor allem Investitionen in zwei Bereichen an. Einerseits betrifft es den Tiefbau, das ist alles Unterirdische und Strassen. Also beispielsweise Abwasser, Kanalisation, Kreuzungsbauwerke und der Ausbau von Bushaltestellen nach dem Behindertengleichstellungsgesetz. Dort haben wir vor rund 6 Wochen in den Medien orientiert, dass wir gesamthaft CHF 2.7 Mio. im nächsten Jahr dafür investieren möchten. Das sind Investitionen, die sich in der Gemeinde Baar aufdrängen. Parallel dazu sehen Sie bei den Personalanträgen, dass wir in der Dienststelle Tiefbau zusätzliche 60% beantragen möchten, um ein 100%-Pensum auszuschreiben. Die geplanten Investitionen haben eine Verbindung zu unseren Personalbegehren.

Weitaus grösser sind die aktuellen Schulbauten. Sie sehen diese auf Seite 35. Diese sind in der Investitionsrechnung der Abteilung Liegenschaften / Sport aufgeführt. Die Abteilung Liegenschaften / Sport übernimmt die Gebäude nach dem Bau und entsprechend sind diese schon bei ihnen aufgeführt. Sie sehen beim Schulhaus Wiesental, dass rund CHF 33 Mio. offen sind, beim Sternmatt 1 sind noch CHF 11 Mio. offen und beim Sternmatt 2 sind noch CHF 2.2 Mio. offen für den Abschluss der Turnhalle und

die Umgebungsgestaltung. Auch im Bereich Bahnmatt ist noch etwas drin. Das zeigt auf, wie die Zusammenarbeit mit der Abteilung Liegenschaften / Sport funktioniert.

Grundsätzlich machen wir eine Themenplanung, was wir stemmen und bewerkstelligen können und entsprechend rechnen wir das auch ein. Es ist sicher so, dass nicht immer alle Projekte umgesetzt werden können. Das hat verschiedene Gründe. Zum Beispiel im Bereich Tiefbau, wenn es darum geht, dass die Leitungen saniert werden. In diesem Fall sind wir zusammen mit den WWZ in einem engen Korsett, die gleichzeitig dabei sind, die Wärmeverbände aufzubauen und je nachdem, wenn sie oder wir noch nicht so weit sind, kann es sein, dass wir nicht im Zeitplan bleiben können. Wir verfolgen dort das Ziel, dass wir bei Baustellen im Tiefbau alles zusammen machen können. Wir warten lieber ein halbes Jahr, anstatt dass wir eine Strasse zwei Mal öffnen müssen. Dies einerseits aus Kostengründen und andererseits aus Verkehrs- und Sicherheitsüberlegungen.

Alles in allem haben wir Investitionen für CHF 54 Mio. Der grösste Teil kommt aus dem Hochbau. Das sind vor allem die Schulbauten, die auch mein Vorgänger wesentlich vorangetrieben hat, die jetzt im Aufbau stehen. Diese grossen Investitionen können wir stemmen. Das hat auch nicht immer direkt mit dem Personal der Gemeinde zu tun. Bei grossen Hochbauprojekten arbeiten wir auch mit Externen zusammen. Dies beispielsweise im Gebiet Wiesental und Sternmatt 1 und 2.

Es wurde gefragt, ob wir das bei dem momentanen Personalmangel stemmen können. Je nach Branche sind wir sehr gut aufgestellt. Im Hochbau haben wir aktuell 290 Stellenprozent besetzt, 100 Stellenprozent sind noch offen. Diese haben wir per Sommer beantragt, da wir in Zusammenarbeit mit der Abteilung Liegenschaften / Sport nun so weit sind, dass wir die Projekte auch vorantreiben können. Wir verfolgen das Ziel, den Personalausbau massvoll zu machen. Es bringt uns nichts, wenn wir jetzt kurzfristig Stellen aufbauen, die wir dann nicht mehr brauchen, weil wir grössere Bauprojekte hinter uns haben. Deshalb haben wir im Hoch- und Tiefbau die massvollen Stellenbegehren gestellt und diese wurden vom Gemeinderat genehmigt.

Barbara Schmid-Häseli

Danke für diese Frage. Man erwartet, dass das Unterstützungsvolumen pro Fall rückläufig sein wird, da die Wirtschaftslage im Moment sehr gut ist. Wir können Leute einfacher als auch schon im ersten Arbeitsmarkt integrieren. Das hat nichts damit zu tun, dass irgendwo gekürzt wird. Es ist auf die Wirtschaftslage ausgerichtet.

Bei den Integrationsprogrammen haben wir darauf geschaut, dass wir nur das einkaufen, wofür wir Bedarf haben und nicht verschiedene Plätze einkaufen, die nicht benötigt werden.

Walter Lipp

Wir gehen das Budget Seite für Seite durch.

Andreas Lustenberger

Ich komme bei der Abteilung Präsidiales / Kultur zu den erwähnten Anträgen. Ich habe es mit dem Gemeindepräsidenten und der Gemeindeschreiberin abgesprochen, dass wir die Anträge hier stellen, da sie hier am ehesten hinpassen.

Der erste Antrag ist mit dem Steuerrabatt verbunden. Man kann es nicht direkt miteinander verknüpfen. Ich habe schon kurz ausgeführt, worum es uns geht. Wir beantragen zusammen mit der SP anstelle des Steuerrabatts von 4% einen Steuerrabatt von 2%. Zum Steuerrabatt gibt es nun mehrere Anträge. Die 2%, die gegenüber dem Antrag des Gemeinderates wegfallen und CHF 2.46 Mio. entsprechen, möchten wir bei der Abteilung Präsidiales / Kultur ins Budget nehmen und sie in Form von Baarer Franken an die gesamte Bevölkerung verteilen. Bei rund 25'000 Einwohnerinnen und Einwohnern macht das CHF 100 pro Person. Baarer Franken ist sicher vielen von Ihnen ein Begriff. Es ist das Geld, das beim Baarer Gewerbe, bei den Restaurants oder sonst in Baarer Läden eingelöst werden kann. Wir machen den Antrag, weil von einer Steuerersenkung oder einem Steuerrabatt nicht alle gleich profitieren können. Insbesondere die Menschen im Mittelstand oder Menschen, die weniger Geld zur Verfügung haben, bezahlen nicht so viele Steuern, da wir so tiefe Steuern haben. Was bei diesen Personen besonders einschränkt, sind die aktuellen Lebenskostenteuerungen. Es gibt drei Bereiche, die im Moment teurer werden: Krankenkassenprämien, Energiekosten und die allgemeine Teuerung auf Lebensmittel. Wir sind davon überzeugt, dass es viel sinnvoller ist, wenn wir den Leuten anstelle der 2 Steuerrabattprozent 100 Franken Gutscheine für Baarer Franken geben. Das ist eine Win-Win-Situation, denn das Geld bleibt bei uns in der Gemeinde, denn es wird in den Baarer Läden eingesetzt. Die Gemeindeschreiberin hat uns gesagt, dass die Verteilung etwas kompliziert werden könnte. Wir haben jedoch grossen Vertrauen in die Gemeindeschreiberin, in den Gemeinderat und das Gemeindepersonal, dass sie das schaffen. Wir beantragen in diesem Sinne, dass wir die CHF 2.46 Mio. unter Präsidiales / Kultur ins Budget aufnehmen.

Ich komme zum zweiten Antrag. Dabei geht es um die SBB-Tageskarte. Viele von Ihnen haben mitbekommen, dass die 11 Zuger Gemeindepräsidenten im Sommer gemeinsam kommuniziert haben, dass die SBB-Tageskarte ab dem Jahr 2024 nicht mehr am Schalter der Gemeinde verkauft wird. Begründet wurde das damit, dass der Aufwand mit dem neuen Angebot grösser wird und die Preise teils keinen grossen Unterschied machen, was online auf der Website der SBB gekauft werden kann. Auch wir von der ALG bedauern, dass das ganze System ab dem kommenden Jahr komplizierter wird. Das ist ein Entscheid der Tarifpartner. Der Schweizerische Gemeindeverband hat interveniert und zusammen mit den Tarifpartnern versucht, eine bessere Lösung zu finden. Sie wurde zwar besser, ist aber noch immer komplizierter als in der Vergangenheit. Die SBB-Tageskarte, die über die Gemeinde bezogen werden konnte, ging weg wie «warme Weggli». Gerade ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger haben die Tageskarte sehr gerne bei der Gemeinde bezogen. Für Personen im Pensionsalter, die finanziell nicht mehr auf Rosen gebettet sind, aber auch für alle anderen Personen in der Gemeinde Baar waren die Tageskarten ein tolles Angebot im Rahmen des Service Public. Man hat quasi etwas den Leuten zurückgegeben, die sich an der Gemeinde beteiligt haben. Die Tageskarten sind auch eine direkte Tourismusförderung für Ausflüge und Ferien in der Schweiz. Dementsprechend bleibt auch hier das Geld in der Schweiz. Ob Bus, Bahn, Post oder Schiff, wir haben einen tollen ÖV, der auch zur Identität in der Schweiz gehört. Wir sind alle sehr stolz darauf. Für uns war es deshalb umso unver-

ständlicher, als wir gehört haben, dass dieses Angebot eingestellt werden soll und damit der Service Public abgebaut wird. Ja, es wird komplizierter. Wenn man online über die Seite der SBB geht, kann es sein, dass man an gewissen Reisetagen auf einen ähnlichen Preis kommt, wie das Angebot der Gemeinde. Die SBB setzt jedoch auf sogenannte dynamische Preise. Sie kennen das vielleicht von den Skigebieten. Je unattraktiver es beim Skigebiet ist, je schlechter das Wetter, je weniger Schnee, desto günstiger ist das Skibillet. Bei der online-Tageskarte ist es das gleiche. Wenn sie am unattraktivsten Tag eine Reise buchen, ist es etwas günstiger, also etwa gleich teuer wie die Tageskarte der Gemeinde. Wir haben das getestet und das ist nur selten der Fall. Das macht das Ganze unberechenbar. Wir finden deshalb, dass es wichtig ist, dass wir im Rahmen des Service-Public die Tageskarte weiterführen. Es ist auch nicht so, dass die Tageskarte in den Gemeinden schweizweit nicht mehr angeboten wird. Ende August gab es einen Beitrag bei Tele1. Dort kam der Gemeindeglied von Sarnen zu Wort. Er sagte, dass die Tageskarte selbstverständlich für die Bevölkerung weitergeführt wird. Der Mehraufwand betrachtet er als geringfügig. Es gibt auch kleinere Gemeinden wie Bonstetten oder grössere Städte wie Winterthur, die das Angebot weiterführen.

Aus den genannten Gründen stellen wir zusammen mit der SP den Antrag, dass die Gemeinde Baar auch zukünftig die SBB-Tageskarte anbieten wird. Wir haben abgeklärt, was wir genau beantragen müssen. Bei der Kostenstelle 110 / 3109 der Abteilung Präsidiales / Kultur müssen wir im Aufwand CHF 320'000.– budgetieren und beim Ertrag zusätzlich CHF 336'000.–. Das macht also einen Gewinn von CHF 16'000.–. Da es wie gesagt etwas komplizierter ist, braucht es gemäss der Gemeinde eine zusätzliche 50%-Stelle beim Gemeindeglied, was rund CHF 50'000.– kostet. Alles in allem bedeutet es für die Gemeinde Baar bei einem prognostizierten Gewinn von CHF 8 Mio. oder sogar 9 Mio. zusätzliche Kosten von CHF 34'000.–. Wenn wir das ins Budget nehmen, kann die Gemeinde Baar die SBB-Tageskarte weiterführen. Ich bitte Sie sehr, dem Antrag zuzustimmen.

Walter Lipp

Wir haben zwei Anträge. Zum ersten Antrag betreffend Gewerbebescheinigung wird unser Finanzchef Ausführungen machen und wir stimmen anschliessend darüber ab. Zum zweiten Antrag mache ich anschliessend einige Ausführungen.

Pirmin Andermatt

Wir haben den Antrag letzte Woche erhalten. Es gab keine Absprache untereinander, sondern wir haben darauf geantwortet. Ich möchte einige Ausführungen dazu machen. Der Gemeinderat ist gegen diesen Antrag. Er hält nach wie vor am Antrag für einen Steuerrabatt von 4% fest.

Grundsätzlich ist es nicht verursachergerecht. Der Steuerüberschuss ist von natürlichen wie auch juristischen Personen herbeigeführt. Die Finanzkommission hat den Auftrag, nach zwei Jahren mit Überschüssen, einen Vorschlag auszuarbeiten und zu unterbreiten. Daran halten wir nach wie vor fest.

Danke Andreas für das Vertrauen, dass wir die Verteilung machen können. Das sind Sage und Schreibe 25'000 Gutscheine, die von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

tern verteilt werden müssen. Woher erhalten wir eine Liste, wer den Gutschein wirklich erhält? Was ist mit dem Datenschutzgesetz? Was ist mit Schwangerschaften vor oder nach dem 12. Dezember oder wann soll es gültig sein? Was ist mit Weg- und Zuzügen? Am Ende des Tages schlagen wir uns mit Details durch, mit Aufwendungen für einen möglicherweise interessanten Vorschlag. Wir haben vorhin bei anderen Voten gehört, dass der Verwaltungsaufwand gering gehalten werden soll. Hier sprengen wir den Verwaltungsaufwand. Ich bitte Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Walter Lipp

Wir stimmen nun über den Antrag ab.

Der Antrag der Alternative – die Grünen Baar und SP Baar, den Steuerrabatt auf 2% zu kürzen und den Gegenwert der restlichen 2% (CHF 2.46 Mio.) der Bevölkerung in Form von Baarer Franken auszubezahlen, wird abgelehnt.

Wir behandeln den zweiten Antrag betreffend Tageskarten. Ich gebe Ihnen Recht, dass die Gemeinde Tageskarte immer ein Erfolgsmodell war. Jetzt wurde das gesamte System auf den Kopf gestellt und die Gemeinden damit konfrontiert. Wir würden zum Schalter der SBB werden. Aber bei den SBB erhalten Sie das Ticket günstiger als bei uns. Bei uns müssen Sie die Personalien angeben. Stellen Sie sich vor, alle anderen Gemeinden im Kanton Zug bieten keine Tageskarten an und nur in Baar wird es angeboten. Das gibt einen Tourismus. Früher war es nur für die Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde, heute ist es für alle. Sie müssen sich ausweisen und können dann eine wunderschöne Reise in der Schweiz antreten. Unser Aufwand, das zu kontrollieren, auszufüllen und abzugeben beträgt 5 bis 10 Minuten. Wir gehen davon aus, dass die Tageskarten einen sprunghaften Anstieg machen werden. Bisher hatten wir einen Aufwand von CHF 112'000.– und einen Ertrag von CHF 119'000.–. Neu müssten wir einen Aufwand von CHF 320'000.– und einen Ertrag von 336'000.– budgetieren. Das kann nicht ohne Manpower geleistet werden. Wir finden das Angebot, wie die anderen Zuger Gemeinden, sehr schlecht und haben im Gemeindeverband den Vorschlag gemacht, dass eine gute Lösung gesucht oder am bisherigen Modell festgehalten wird. Dann kommen wir wieder auf die Schiene. Ich gehe auch auf den Bahnhof und löse das Ticket für CHF 29.–. Bei der Gemeinde bezahle ich CHF 40.–. Es gibt neu auch Halb- und Ganztagespreise. Das ist unsere Begründung. Wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen. Die Gemeindegemeinschaft zeigt eine Folie mit der Zusammenfassung. Die wichtigsten Punkte habe ich schon gesagt. Wir stimmen nun über den Antrag ab.

Der Antrag der Alternative – die Grünen Baar, die SBB-Tageskarte weiterzuführen und dafür die notwendigen Budgetpositionen vorzusehen, wird abgelehnt.

Wir gehen das Budget nun weiter durch.

Das Wort zum Budget wird nicht mehr gewünscht.

Der Antrag auf die Reduktion des Steuerrabatts auf 2% wurde schon abgelehnt. Wir haben nun noch den Antrag von 4% auf 5.5%.

Pirmin Andermatt

Ich zeige erneut die Folien zum Steuerfuss der Gemeinde Baar und zur Berechnung der Steuerprozente, damit wir wissen, von welchen Zahlen wir sprechen.

Es wurde gesagt, dass der Steuerfuss seit dem Jahr 2018 nicht mehr gesenkt wurde. Wir sehen den Steuerfuss auf der Folie seit dem Jahr 1999. Der Steuerfuss wurde seither von 75% um 1/3 gesenkt. Wir haben viel für die Steuerzahlenden gemacht. Bitte halten Sie mass und stimmen Sie dem Antrag des Gemeinderates zu.

Wir wissen die Auswirkungen der OECD-Mindeststeuer, die einen starken Einfluss auf die kantonalen Finanzen hat, noch nicht klar. Der Bundesrat wird am 22. Dezember entscheiden, ob diese auf den 1. Januar 2024 oder auf den 1. Januar 2025 eingeführt wird. Wir wissen nicht, ob die betroffenen Firmen gehen oder nicht. Die Steuer wird europaweit von 12 auf 15% festgesetzt. Wenn das, wie Sie oft meinen, der einzige Standortfaktor ist, würden die Firmen dann irgendwohin gehen, wo es günstiger ist. Unserer Meinung nach ist das zwar nicht so. Wir müssen das zuerst zusammen mit dem Kanton analysieren.

Betrachten wir auch die weltwirtschaftlichen Aussichten in Amerika, Europa oder Asien. So rosig wie es scheint, ist es nicht. Wir haben nach wie vor die Teuerung, wir haben Probleme bei den Lieferketten, wir haben eine geopolitische Ausgangslage, die sich überall sofort verändern und zu Unterbrüchen führen kann, was zu Mehrkosten auch in der Schweiz führt.

Auf dieser Basis sehen wir einen Steuerrabatt von 4% gerechtfertigt mit dem Hinblick auf den prognostizierten Überschuss. Wir bitten Sie, dem Gemeinderat mit 4% Steuerrabatt zu folgen.

Auf der zweiten Folie mit den Steuerprozenten sehen Sie, dass 1% Rabatt etwa CHF 1.23 Mio. ausmacht. Wenn wir mit 1.5% rechnen, sind wir bei CHF 1.9 Mio. Es sind nicht einfach CHF 1-2 Mio., wie es vorhin gesagt wurde. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates für einen Steuerfuss von 53% mit einem Rabatt von 4% zu folgen.

Anträge

1. Die Steuern seien im Rechnungsjahr 2024 wie folgt zu erheben:
 - a) Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Reingewinn- und Kapitalsteuer: 53% des kantonalen Ansatzes
 - b) Hundesteuer: CHF 120.–; für Wachhunde auf Landwirtschaftsbetrieben: CHF 40.–.
2. Auf den Steuersatz von 53% gemäss Antrag 1a) soll für das Jahr 2024 ein Steuerrabatt von 4% gewährt werden.
3. Die Vorfinanzierung im Umfang von CHF 12'000'000.– zu Gunsten der zweiten Etappe des Schulhauses Wiesental sei vorzunehmen.
4. Das Budget 2024 sei zu genehmigen.

Beschlüsse

1. Die Steuern werden im Rechnungsjahr 2023 wie folgt erhoben:
 - a) Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Reingewinn- und Kapitalsteuer: 53% des kantonalen Ansatzes
 - b) Hundesteuer: CHF 120.–; für Wachhunde auf Landwirtschaftsbetrieben: CHF 40.–.
2. Auf den Steuersatz von 53% gemäss Antrag 1a) wird grossmehrheitlich für das Jahr 2024 ein Steuerrabatt von 4% gewährt.
3. Die Vorfinanzierung im Umfang von CHF 12'000'000.– zu Gunsten der zweiten Etappe des Schulhauses Wiesental wird mit einigen Gegenstimmen gutgeheissen.
4. Das Budget 2024 wird einstimmig genehmigt.

Der Antrag der Alternative – die Grünen Baar und SP Baar, den Steuerrabatt auf 2% zu kürzen und den Gegenwert der restlichen 2% (CHF 2.46 Mio.) der Bevölkerung in Form von Baarer Franken auszubezahlen, wird abgelehnt.

Der Antrag der FDP, Die Liberalen und SVP Baar, den Steuerrabatt auf 5.5% zu erhöhen, wird nicht genehmigt.

Der Antrag der Alternative – die Grünen Baar, die SBB-Tageskarte weiterzuführen und dafür die notwendigen Budgetpositionen vorzusehen, wird abgelehnt.

Traktandum 4

Finanzstrategie 2024-2034 – Kenntnisnahme

Die Vorlage des Gemeinderates vom 24. Oktober 2023 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Der Gemeinderat hat die bisherige Finanzstrategie überarbeitet und legt sie Ihnen vor. Im Vorfeld haben wir eine Vernehmlassung bei den Parteien und den Kommissionen durchgeführt. Die Resultate wurden eingearbeitet.

Thomas Gwerder

Die RGPK dankt dem Gemeinderat, der Finanzkommission und sämtlichen Teilnehmern an der Vernehmlassung für die Überarbeitung und die Überprüfung der neuen Finanzstrategie. Wir danken dem Gemeinderat ebenfalls für die Berücksichtigung und Anpassung der in der Vernehmlassung eingebrachten Vorschläge. Die neue Finanzstrategie wurde aktualisiert, ergänzt und den aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Wir weisen darauf hin, dass die Kennzahlen der Finanzstrategie aufgrund der Vernachlässigung von stillen Reserven aus ausserordentlichen Abschreibungen sowie Vorfinanzierungen bedingt aussagekräftig sind und zum Ziehen von falschen Schlüssen und Massnahmen verleiten können. Die RGPK hätte es begrüsst, wenn diese Kennzahlen in der Finanzstrategie nicht als Zielgrösse benutzt würden. Die Kennzahlen widersprechen aber nicht dem Finanzhaushaltsgesetz (FHG) und werden von den anderen Gemeinden und Kanton Zug analog gehandhabt

Zudem hätte es die RGPK begrüsst, wenn der Gemeinderat unserem Vorschlag gefolgt wäre und die Gewinnverwendung sowie den Umgang mit Budgetüberschüssen ebenfalls in der Finanzstrategie thematisiert hätte. Dies betrifft insbesondere die bereits gelebte Praxis in Bezug auf ausserordentliche Abschreibungen und die Bildung von Vorfinanzierungen.

Im Übrigen sind wir mit der überarbeiteten Finanzstrategie einverstanden.

Simon Uster

Ich spreche für die Alternative – die Grünen Baar. Wir sind mit der Finanzstrategie grundsätzlich einverstanden und bedanken uns für die umsichtige Planung. Die umsichtige Planung ist wichtig für die grossen anstehenden Herausforderungen. Deshalb ist es stossend für uns, dass man gemäss Ziel 2.2 die Infrastrukturvorhaben von den personellen Ressourcen abhängig macht. Die Investitionen für Menschen und Natur sollen dann realisiert werden, wenn sie notwendig sind. Daraus ergibt sich der Personalbedarf, nicht umgekehrt.

Eine andere Herausforderung ist der Klimawandel. Erfreulicherweise ist das Klima im nächsten Jahr ein Ziel des Gemeinderates. Unerfreulicherweise findet das Klima, das finanzstrategisch wichtig ist, keine Erwähnung in der Finanzstrategie.

In der Finanzstrategie zeigt der dritte Abschnitt mit einer attraktiven Steuerbelastung rein finanziell eine erfolgreiche Steuerpolitik auf, aber man liest kein Wort über die Nebeneffekte, die tiefe Steuern bewirken. Es ist schön, dass es viele Unternehmen und Briefkästen in Baar gibt, aber es braucht in Baar auch bezahlbaren Wohnraum, damit Baar lebendig bleibt. Ich wünsche mir ein Baar für alle und nicht nur für die Reichen.

Kevin Bischofberger

Aufgrund eines gesundheitsbedingten Ausfalls darf ich heute ausnahmsweise die Stellungnahme der FDP Baar kundtun. Das Votum hat also nichts mit meiner persönlichen Funktion in der RGPK zu tun.

Die FDP ist grundsätzlich enttäuscht von der neuen Finanzstrategie. Wir sehen es als eine verpasste Chance, eine Strategie auf die Beine zu stellen, die den heutigen Gegebenheiten angepasst ist. In der Strategie werden Probleme behandelt, die wir glücklicherweise nicht haben und Herausforderungen, die auf dem Tisch liegen, werden nicht behandelt. Das betrifft insbesondere die Behandlung der regelmässigen Überschüsse. Wir hätten erwartet, dass Themen wie ausserordentliche Abschreibungen oder Vorfinanzierungen in einem solchen Papier behandelt und zumindest Richtlinien oder eine Strategie festgelegt werden.

Die FDP Baar fordert schon länger, dass Licht ins Dunkel gebracht wird, was die stillen Reserven aufgrund ausserordentlicher Abschreibungen betrifft. Wer sich mit Rechnungswesen auskennt, weiss, dass unbereinigte Kennzahlen ihre Aussagekraft verlieren. Deshalb schliessen wir uns dem Votum der RGPK an, dass es keinen Sinn macht, diese als Richtlinien in die Finanzstrategie zu packen. Andererseits möchten wir darauf hinweisen, dass die Aussagen daraus auch nicht für zukunftsweisende Entscheide geeignet sind. Es nützt auch nichts, dass das in anderen Gemeinden oder beim Kanton gleich praktiziert wird. Wenn diese Zahlen auf Rot stehen, muss man trotzdem bohren und schauen, wie die Situation tatsächlich aussieht.

Wir hätten deshalb vom Gemeinderat erwartet, dass, wenn wir schon keine um die stillen Reserven bereinigten Kennzahlen ausweisen möchten, diese auch konsequenterweise weggelassen werden, da sie nicht vorgeschrieben sind.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die neue Strategie niemandem weh tut, doch aus unserer Sicht die Gemeinde Baar auch nicht weiterbringt.

Gaby Billing

Auch wir von der SP Baar finden, dass die Finanzstrategie die grossen Probleme und Herausforderungen zu wenig anpackt. Wenn wir zurückschauen, gab es vor 11 Jahren kein Corona, wir haben gedacht, dass Europa friedlich bleibt, die Globalisierung und Digitalisierung bringe Menschen zusammen, die Babyboomer haben noch gearbeitet und die Erderwärmung hat dannzumal ein paar Tage mehr in der Badi bedeutet.

Wir möchten deshalb beliebt machen, dass die Strategie in kürzeren Abständen angeschaut und überarbeitet wird. Die Steuersenkung wird im nächsten Jahr vorgeschlagen. Die SP Baar möchte, dass dem gegenübergestellt wird, was man mit dem Geld auch machen könnte. Wie sich Baar für die grossen Herausforderungen wappnen könnte. Es gäbe sicher innovative Projekte und da können wir uns Verschiedenes vorstellen, wie Wohnraum, Kinderbetreuung, Unterstützung von Vereinen, Belebung der

Gemeinde, schöne Aufenthaltsorte in unserer Gemeinde, innovative Projekte für erneuerbare Energien etc. Uns schwebt vor, dass man einer Steuerfussenkung eine Innovation gegenüberstellt. Wir würden deshalb beantragen, dass man eine Steuerfussenkung und eine Alternative zusammen anschaut.

Die Finanzstrategie haben wir so zur Kenntnis genommen.

Walter Lipp

Es wurde gewünscht, dass die Finanzstrategie in kürzeren Abständen erstellt wird. Die Finanzstrategie ist ein Instrument für den Gemeinderat. Wir finden die Strategie nicht schlecht. Wir legen auch die Abstände fest, in welchem Zeitraum die Finanzstrategie überarbeitet wird. Selbstverständlich nehmen wir Vorschläge immer auf und bleiben offen.

Steuerfussenkungen werden wir im nächsten Jahr diskutieren. Der Gemeinderat wird einen Vorschlag machen und das in der Finanzkommission und der RGPK diskutieren lassen. Am Ende des Tages hat er die Verantwortung, Ihnen einen Vorschlag zu machen. Sie können dann einen Antrag stellen, den Steuerfuss zu erhöhen oder zu senken. Das ist die gelebte Demokratie.

Pirmin Andermatt

Ich möchte ein paar Korrekturen zu den Voten anbringen. Die Finanzstrategie wurde von meiner Abteilung erarbeitet und von der Finanzkommission durchgegangen. Anschliessend ging sie in die Vernehmlassung zu den politischen Parteien.

Wir haben von mindestens einem Votanten gehört, dass man enttäuscht ist. Es waren jedoch bei der Vernehmlassung keine enttäuschenden Worte enthalten, sondern Vorschläge. Es kamen 8 Vorschläge von der FDP, 12 von der SVP, 2 von der Mitte und 19 von der RGPK. Übernommen haben wir fast alle. Einige Vorschläge wurden nicht übernommen, da sie dem Gesetz nicht entsprochen haben, oder es dazu keine Praxis gab. Jetzt soll die Gemeinde Baar eine andere Praxis machen. Die Zahlen sind dann in keiner Weise vergleichbar mit etwas anderem. Von der FDP und der RGPK haben wir den Punkt betreffend stille Reserven und zusätzliche Abschreibungen aufgenommen. In Zukunft werden wir Gebäudetabellen aufführen und kennzeichnen, welches die ordentlichen und welche die zusätzlichen Abschreibungen sind. Wer sich dann die Mühe macht, kann es mit den stillen Reserven ausrechnen.

Die Hochbauten werden über 33 Jahre abgeschrieben. Es gibt verschiedene Stadien der Abschreibungen. Über die Dauer wird sich alles wieder ausgleichen. Ich bin nicht sicher, ob das schlussendlich so heiss gegessen wie gekocht wird. Ich verspreche der RGPK und der FDP, wenn das kantonale Finanzhaushaltsgesetz die stillen Reserven zukünftig in den Zahlen hat, werden wir das auch ändern. Aber im Moment haben wir eine andere Praxis.

Es wurde noch etwas zur Finanzkommission gesagt. Wir haben in unserer Gemeinde und im Gemeinderat Usanz, dass etwas nur einmal in einer Strategie steht. Und dies steht im Pflichtenheft der Finanzkommission. Es wird deshalb nicht erneut ausgeführt. Deshalb der Verweis an die Finanzkommission, die diese Aufgabe hat. Wir hatten auch

einige Votanten der Finanzkommission, die im nächsten Jahr diese Aufgabe vom Gemeinderat erhalten werden, etwas für den Überschuss oder das Budget 2025 auszuarbeiten.

Die Finanzstrategie ist nicht die eierlegende Wollmilchsau, die eine Antwort auf alles geben muss. In verschiedensten Abteilungen sind viele Projekte im Gang, um mindestens das Größte zu erkennen und versuchen zu lösen. Bei der Umsetzung der Strategie Wohnen im Alter haben wir beispielsweise noch grosse Schritte vor uns. Wir sind auf Ihre Mithilfe angewiesen, wenn wir Projekte zur Abstimmung bringen. Das sind Hochbauprojekte im zwei- oder dreistelligen Millionenbetrag. Auch beim preisgünstigen Wohnungsbau ist es so. Doch woher erhalten wir Bauland, damit wir schlussendlich auch etwas machen können? Im Rahmen von gewissen Baubewilligungen heisst es, dass es preisgünstigen Wohnungsbau gibt. Sie durften gerade über ein Projekt abstimmen. Auch für die Vereine läuft etwas. Doch der Gemeinderat kann nicht dafür sorgen, dass der Vorstand wieder aus 7 Personen besteht und nicht nur aus 3 oder 4 Personen. Uns sind oft auch die Hände gebunden, wenn etwas nicht direkt zu einer öffentlichen Aufgabe gehört. Wir sind uns dieser Probleme bewusst und wenn wir niederschwellig irgendwo mit beratenden Worten beistehen können, werden wir das auch machen. Man trifft den Gemeinderat hier und dort im Dorf und bei verschiedensten Vereinen an.

Die Finanzstrategie ist letzten Endes ein Instrument des Gemeinderates zur Kontrolle, dass wir keine überbordenden Ausgaben machen und uns nicht verschulden, sondern frühzeitig erkennen, wo ein Problem auftreten könnte. Die Strategie ist auch mit anderen Gemeinden abgesprochen. Für uns ist sie ein Instrument, das verhebt.

Alexandra Müller

Ich habe eine Bemerkung zu einer Aussage. Wir von der FDP haben 8 Vorschläge eingereicht. Vieles waren sprachliche und weniger wichtige Korrekturen. Unsere wesentlichen Punkte wurden abgelehnt. Es sieht nun so aus, als hätte der Gemeinderat alles bis auf ein paar kleine Punkte angenommen. Aus Sicht der FDP ist es genau umgekehrt.

Antrag

Von der Finanzstrategie 2024-2034 sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Finanzstrategie 2024-2034 wird Kenntnis genommen.

Traktandum 5

Interpellation der Mitte Baar betreffend «Tangente und die flankierenden Massnahmen» – Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 24. Oktober 2023 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Vital Hotz

Die Mitte Baar bedankt sich für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen. Es kommt bei Interpellationen nicht immer vor, dass der Interpellant wirklich zufrieden ist. Wir dürfen jedoch sagen, dass wir mit diesen Antworten zufrieden sind.

Die Antwort ist umfassend und auf Seite 49 haben wir eine sehr ausführliche und spannende Tabelle, die die Auswirkungen der Tangente sehr gut nachvollziehbar aufzeigt. Die Tabelle zeigt eindrücklich, dass die Tangente ihre Wirkung als Umfahrungsstrasse von Baar gut erfüllt. So haben fast alle Strassen, auch bei denen man zuvor Bedenken hatte, deutlich an Verkehr abgenommen. Wir reden hier nicht nur von den Zugangsstrassen zur Tangente wie die Ägeristrasse, Rigistrasse oder Zugerstrasse, sondern sie sehen sehr viele weitere Strassen, bei denen der Verkehr ebenfalls abgenommen hat. Wenn man die Zahlen noch genauer anschaut, so hat die Tangente nicht mehr Verkehr generiert. Das Ziel einer wirklichen Umfahrung wurde gut erreicht. Der ominöse Satz, dass mehr Strassen mehr Verkehr generieren, greift in diesem Fall nicht.

Stand heute kann man feststellen, dass es keine weiteren flankierenden Massnahmen benötigt. Hier unterstützen wir den Gemeinderat. Eine dieser ominösen flankierenden Massnahmen ist die viel diskutierte Barriere im Arbach. Sie ist ein gefundenes Fasnachtssujet. Es ist dort sicher sinnvoll, dass die Anwohner des Arbach durchkommen. Das erachten wir als sinnvoll. Für uns wäre es einzig noch spannend zu wissen, wie der Gemeinderat diesen Perimeter, also diese Grenze festgelegt hat. Hat man einen Radius genommen, oder auf gut dünken geschaut, wo wer wohnt und wo die Grenze durchgehen soll? Wir haben in unserer Partei auch diskutiert, ob es für das Gewerbe ein spezielles Durchfahrtsrecht braucht. Wir sind dort zum Schluss gekommen, dass es nicht ganz einfach ist, zu entscheiden, wer dieses bekommt und wer nicht. Wir bitten den Gemeinderat, dass, wenn ein einheimisches Gewerbe etwas braucht oder einen Antrag auf Durchfahrt stellt, das wohlwollend angeschaut wird.

Besten Dank für die guten Antworten.

Hans Küng

Danke für die Lorbeeren, es freut uns, dass die Mitte die Interpellationsantwort so erfreulich entgegengenommen hat.

Es war uns ein Anliegen, dass es in dieser Tabelle aufgezeigt wird. Es ist bewusst so, dass die Messungen aus dem Jahr 2022 die letzten sind. Man ist dannzumal bei der Prognose von 224'000 Fahrzeugen ausgegangen. Im Jahr 2022 hat man 171'325 Fahrzeuge gemessen. Das sind 76%. Über all diese Strassen haben wir rund 25% weniger

Verkehr, als dannzumal angenommen wurde. Für Baar ist die Tangente ein deutlicher Mehrwert.

Bei der Grenze hat man einen Vorschlag der Abteilung Sicherheit / Werkdienst im Gemeinderat besprochen und beschlossen und den Perimeter definiert. Die Unterbrechung der alten Baarerstrasse war dannzumal zusammen mit der Abstimmung Tangente Zug/Baar eine flankierende Massnahme. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass nicht alle bei der Schranke durchfahren können, sondern dass es für die Anwohner im Arbach der Heimweg ist. In erster Linie ist es so, dass sich die Anwohner im Perimeter melden dürfen. Die Nummern werden registriert. Das funktioniert dann mit einer automatischen Nummererkennung. Sonderbewilligungen, sei es für das Gewerbe oder für die Landwirtschaft, werden in einem nächsten Schritt auf Vorschlag der Abteilung Sicherheit / Werkdienst im Gemeinderat besprochen und allenfalls beschlossen. Die Schranke ist aber eigentlich für die Anwohner im Arbach.

Isabel Liniger

Auch im Namen der SP Baar bedanke ich mich beim Gemeinderat für die Beantwortung dieser Interpellation. Es ist ein spannendes Thema, zumindest für jemanden wie mich, der tagtäglich hier unterwegs ist. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort aufgezeigt, wie es um die flankierenden Massnahmen steht. Dazu möchten wir gerne Stellung nehmen.

Einerseits geht es um die Zubringerstrassen. Wir haben es gehört und gelesen, das sind die Rigistrasse, Zugerstrasse und Ägeristrasse. Sie sollen, wie es der Name schon sagt, den Verkehr zur Tangente bringen, damit der Mehrwert der Tangente zum Tragen kommt. Dieser Mehrwert ist die Entlastung des Zentrums. Das bedeutet, dass der Verkehr auf die Tangente geleitet wird. Die Zubringerstrassen sind neu Gemeindestrassen. Deshalb unsere Frage an den Gemeinderat: Müssen diese Zubringerstrassen noch umgebaut werden, damit der Verkehr möglichst auf die Tangente gelenkt wird? Wenn ja, wann gedenkt das der Gemeinderat umzusetzen?

Andererseits sind wir mit der Veloführung zwischen Inwil und Zug nicht ganz zufrieden. Diese wurde suboptimal umgesetzt. Velowege enden abrupt und es gibt gemischte Trottoirs für Velos und Fussgänger. Das führt häufig zu Konflikten und ist gefährlich. Sehr gerne lade ich deshalb unseren Bauchef ein, dass wir die Stellen besichtigen, damit wir die nötigen Korrekturen vornehmen können.

Ein anderes Thema betrifft die Zahlen in der Antwort des Gemeinderates. Bei den Messungen in den Jahren 2016 und 2021 handelt es sich um Zufallsmessungen. Damit Auswirkungen überhaupt beurteilt werden können, muss der Verkehr mehr und genauer gemessen werden. Die aktuellen Zahlen sind nur punktuelle Aussagen über die aktuelle Verkehrssituation. Wir fordern deshalb auch weiterhin einen Bericht zum Verkehrsaufkommen. Wie der Gemeinderat richtig schreibt, wird es auch in Zukunft mehr und nicht weniger Verkehr geben. Mit verlässlichen Zahlen können wir aufzeigen, welche Massnahmen wirklich einen Effekt haben.

Die SP unterstützt den Antrag auf Kenntnisnahme.

Zari Dzaferi

Betreffend Umbau der drei Zubringerstrassen haben wir im Zusammenhang mit dem Projekt Tangente mit dem Kanton eine Vereinbarung getroffen, dass die ehemaligen Kantonsstrassen als Gemeindestrassen abklassiert werden. Wir haben vom Kanton Gelder erhalten, damit wir sie so gestalten können, wie es für uns stimmt. Konkret betrifft es die Ägeristrasse, Rigistrasse und Zugerstrasse. Sie können es sich so vorstellen, dass die drei Zubringer für die Tangente sind und neu in der Hoheit der Gemeinde Baar stehen. Entsprechend ist es in unserer Kompetenz, diese neu zu gestalten. Auf allen drei Strassen wird man ein Betriebs- und Gestaltungskonzept erstellen. Man wird sich überlegen, welche Funktion diese Strasse hat, welchen Durchmesser, ob es Bäume links und rechts braucht und wie man mit dem Langsamverkehr umgeht. Das wird alles auf das kommunale Gesamtverkehrskonzept abgestimmt. Das hat die Gemeinde Baar als einzige Gemeinde im Kanton Zug im Rahmen der Ortsplanungsrevision erarbeitet. Dies im Zusammenhang mit der Hitze-strategie. Wir denken, dass es mehr Bäume entlang der Strassen braucht. Das hängt auch mit der Entwässerung der Strassen zusammen. Das Abwasser der Strassen soll möglichst genutzt werden, um den Bäumen das Wasser zuzuführen und weniger Wasser in die Abwasseranlage geht.

Die drei Strassen haben wir auf dem Arbeitstisch. Voraussichtlich beginnen wir mit der Ägeristrasse. Seit dem Jahr 2016 liegt dafür ein Betriebs- und Gestaltungskonzept vor. Dieses ist mittlerweile veraltet. Wir sind im Gemeinderat an einer Auslegeordnung. Es gibt Diskussionen betreffend Temporegime. Der Gemeinderat hat im Bereich Ägeristrasse bereits vorausgesagt, dass man eine 50er-Zone bevorzugt, da ein Gefälle vorhanden ist und das der Art der Strasse mehr entspricht. Das ist unsere Grundlage, um ein Betriebs- und Gestaltungskonzept zu erarbeiten. Wenn dieses vorliegt, werden wir es über die Verkehrs- und Tiefbaukommission dem Gemeinderat unterbreiten. Das gibt dann einen Investitionsantrag an die Bevölkerung. In der Projektliste auf Seite 35 ist das Projekt noch nicht aufgeführt, aber es ist in der Pipeline.

Bei der Rigistrasse ist es so, dass wir eine Motion hatten. Diese wurde in der Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2014 beantwortet und abgeschrieben. Eine Motion, die uns dazu bewegt hat, die Funktionalität zwischen Ägeristrasse und Rigistrasse in Verbindung zu bringen. Die Motion kam damals von Adrian Andermatt. Es haben rund 300 Personen aus dem Gebiet Grund/Rigistrasse unterzeichnet.

Die Zugerstrasse ist die zweitlängste gerade Strasse in der Schweiz. Wir sind zusammen mit der Stadt Zug gerade an einem Betriebs- und Gestaltungskonzept. Diese Strasse geht über die Gemeindegrenze.

Diese drei Strassen sind in unserer Hoheit und sind neu Gemeindestrassen. Sie haben nicht mehr die gleiche Funktionalität wie vorher als Kantonsstrassen. Wenn wir so weit sind, werden wir Ihnen als Souverän etwas vorlegen.

Zum Veloverkehr: In Absprache mit dem Kanton wurde die Veloroute so festgelegt. Wir haben schon im letzten Jahr, als ich noch für die Sicherheit zuständig war, regelmässig Rückmeldungen erhalten, dass die Veloführung nicht attraktiv ist. Selbstverständlich nehmen wir uns Zeit, Ihre Rückmeldungen entgegenzunehmen und allenfalls etwas zu verbessern. Oftmals ist es bei Velowegen so, dass wir in einem engen Korsett mit dem Kanton sind. Es kommt darauf an, ob es ein gemeindlicher oder kantonal-er Veloweg ist. Es geht dabei um die Zuständigkeit. Wir können es gerne aufnehmen.

Wer von Inwil nach Zug fährt, hat eine bessere Situation als früher, als es auf der Strasse zusätzlichen Verkehr gab.

Hans Küng

Ich gehe noch kurz auf die genannten Messungen ein. Die Messungen aus dem Jahr 2021 sind auch verzogen wegen der Homeoffice-Pflicht, Corona und den ganzen Auswirkungen. Wir haben in der Beantwortung geschrieben, dass die Messungen weiter geplant sind. Das ist eine kantonale Hoheit, denn die Tangente Zug/Baar ist ein kantonales Projekt. Es bringt nichts, wenn wir in Baar unsere Punkte messen und nicht wissen, was mit dem Rest passiert. Deshalb sind diese Messungen an den Kanton delegiert. Wir sind natürlich auf die Ergebnisse gespannt.

Lars Affentranger

Dass eine Barriere in Baar einmal eine grössere Bekanntheit genießt, als der Gemeindepäsident, hätte wohl bei der Annahme der Volksabstimmung Tangente Zug/Baar niemand gedacht. Immer wieder ist die Schranke in der Zeitung, auf Social Media oder sonst irgendwo im Dorf ein Thema. Dass aber ein Grossteil der Baarerinnen und Baarer von dieser Barriere wenig bis gar nicht betroffen ist, ist ein Fakt. Die Petitionäre haben mit der Eingabe der Unterschriften gefordert, dass die Schranke abgebaut wird. Dass das leider nicht ganz so einfach ist, leuchtet mir ein. Ich finde es gut, dass der Gemeinderat wenigstens für die Anwohnerinnen und Anwohner vom Arbach die Öffnung der Schranke ermöglicht. Dass man die Schranke nicht gesamthaft öffnet, findet die SVP, zumindest im Moment, gut. Wenn man bedenkt, dass die Scheibenhochhäuser sowie die Überbauung Rain zu grossen Baustellen im Inwiler Dorf führen, macht es durchaus Sinn, wenn nicht der gesamte Verkehr via alte Baarerstrasse Richtung Tangente fährt. Wie sich der Verkehr nach den Bauvorhaben in Inwil auswirkt, kann heute wohl niemand richtig einschätzen. Allenfalls kann der Gemeinderat nach den grossen Baustellen nochmals über die Bücher. Die Tangente ist im Grossen und Ganzen ein gutes Projekt mit einem Schönheitsfehler im Arbach. Auch wenn es durch das Baarer Dorf wieder jeden Abend staut, kann Baar meiner Meinung nach trotzdem erfreut über die Tangente Zug/Baar sein. Hat sie doch spürbar eine Entlastung für uns im Dorf gebracht.

Zurück zur Baarer Schranke auf Zuger Boden. Wir erhoffen uns einzig, dass die Nummernerkennung besser funktioniert, als sie im Schmittli funktioniert hat.

Hans Küng

Es stimmt, dass es mit der Barriere im Arbach nicht ganz einfach ist. Es ist ein kantonales Projekt, die Barriere ist auf Zuger Boden und wird von den Baarern bewirtschaftet. Obwohl wir nah beieinander sind, macht es das nicht einfach. Wir konnten die Barriere auch nicht einfach umfunktionieren. Der Stadtrat musste zuerst eine Änderung der Strasse bewilligen. Erst dann konnten wir weiterarbeiten. Das ist wohl der Schönheitsfehler, den Lars Affentranger anspricht. Ob der Gemeinderat nach den Baustellen bezüglich Schranke nochmals über die Bücher geht, kann ich nicht sagen. Das wird noch einige Jahre dauern.

Ich bin selber mehr oder weniger direkt betroffen durch die Garage meiner Eltern. Wir haben es uns seitens der Abteilung Sicherheit / Werkdienst von der Signal AG schwarz auf weiss geben lassen, dass die Nummererkennung zu 97% funktioniert. Wir stützen uns darauf und hoffen, dass es ab dem neuen Jahr auch so funktioniert.

Gurbetelli Yener

Die Aussage des Interpellanten, dass mehr Strassen zu mehr Verkehr führen würden und diese Aussage bei der Tangente nicht stimmt, ist nicht richtig. Wenn man die Zahlen von 2016 und 2022 berechnet, gab es eine Zunahme vom Verkehr.

Jörg Geser

Sind die Vandalen bekannt und konnten sie gefasst werden?

Hans Küng

Wir haben die Vandalen noch nicht gefasst. Es war auch nicht jedes Mal sofort bekannt, dass es Vandalen gab. Die Abteilung Sicherheit / Werkdienst hat es oft erst am nächsten Morgen erfahren. Die Vandalen konnten deshalb noch nicht gefasst werden. Wir möchten niemanden unter Generalverdacht stellen. Es ist uns ein Anliegen, dass man die Personen zur Rechenschaft zieht, wenn man weiss, wer es war.

Jörg Geser

Die Schranke wird oftmals über den Randstein / über die Wiese umfahren.

Hans Küng

Das ist in unserer Abteilung ebenfalls bekannt. Wir werden in Zukunft, wenn die Nummererkennung funktioniert, mit der Polizei schauen. Der Zeitungsbericht im Zugerbieter war nicht förderlich, als geschrieben wurde, dass es dort eine Baustelle gibt und jeder so fahren kann, wie er will. Das war überhaupt nicht in unserem Sinn. Wir werden vermehrt darauf achten, sobald die Nummererkennung vorhanden ist.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der Mitte Baar betreffend «Tangente und die flankierenden Massnahmen» sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation der Mitte Baar wird Kenntnis genommen.

Traktandum 6

Interpellation der SP Baar betreffend «Kunst am Bau bei den Baarer Schulprojekten Wiesental, Sternmatt I und Sternmatt II» – Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 24. Oktober 2023 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Gaby Billing

Die SP Baar dankt dem Gemeinderat für die sorgfältige Beantwortung unserer Interpellation. Wir sind froh, dass für das Schulhaus Wiesental ein Wettbewerb zu Kunst am Bau stattfindet und das, was bei den Schulhäusern Sternmatt bezüglich Kunst am Bau vergessen wurde, nachgeholt wird.

Im Schulhaus Wiesental wird die Pyramide, die es schon lange gibt, neu platziert und es gibt einen Wettbewerb für Kunst am Bau. Die Kulturbeauftragte Andrea Schelbert hat uns versichert, dass das Ausschreibeverfahren nach den Empfehlungen der Visarte stattfindet. Visarte ist eine Vereinigung von Kunstschaaffenden, die sich für das Recht und die Wertschätzung von Kunstschaaffenden einsetzt. Das bedeutet zum Beispiel, dass ein externer Kurator eingesetzt wird. In diesem Fall kommt er aus dem Kanton Zürich. Mit dem Ausspracheverfahren wird eine Jurierung mit neutralen Personen beauftragt und die Kunstschaaffenden werden fair entlohnt. Wir finden es auch sehr sinnvoll, dass zum Wettbewerb nur Kunstschaaffende eingeladen wurden, die Erfahrung mit Kunst am Bau haben. Das Schulhaus Wiesental ist ein sehr komplexes Projekt.

Beim Sternmatt 1 und 2 müssen wir noch die Urnenabstimmung abwarten. Kunst am Bau wird in den Aussenraum zwischen Sternmatt 1 und 2 integriert. Wir sind sicher, dass das schöne Ensemble, das mit viel Sorgfalt und Aufwand der Epoche entsprechend renoviert und den heutigen Bedürfnissen angepasst wird, im Aussenraum eine Entsprechung mit Kunst am Bau findet. Wir hoffen, dass die Aussenraumgestaltung mit Kunst am Bau an der Urne die Zustimmung findet.

Schade finden wir, dass für Kunst am Bau in Zeiten, in denen es der Gemeinde finanziell so gut geht, für solche Projekte das absolute Minimum bereitgestellt wird. Gemäss der gemeindlichen Verordnung sollen 0.3 bis 1.5% des Bauvolumens für Kunst am Bau vorgesehen werden. Es werden nun gerade so um die 0.3% bereitgestellt. Wir sind froh, dass etwas kommt.

Vom Gemeinderat möchten wir wissen, wie er sicherstellt, dass bei zukünftigen grossen Bauprojekten Kunst am Bau nicht vergessen geht, wie es beim Sternmatt passiert ist, und es von Anfang an in das Projekt einbezogen wird. Es ergibt die besten Resultate, wenn die Architekten von Anfang an dabei sind.

Wäre es möglich, dass die Gemeinde Baar in Zukunft die kantonalen Richtlinien für Kunst am Bau nutzen könnte?

Alles in Allem danken wir dem Gemeinderat und wir freuen uns auf inspirierende Projekte bei unseren Baarer Schulhausbauten.

Walter Lipp

Ich habe eine Frage gehört. Andrea Schelbert sitzt im Publikum. Sie wird sicherstellen, dass der Betrag für zukünftige Bauvorhaben bereitgestellt wird.

Die Richtlinien des Kantons werden wir anschauen und das Thema in der Kulturkommission besprechen. Wir nehmen das auf.

Michael Riboni

Im Namen der SVP Baar bedanke ich mich beim Gemeinderat für die Antworten auf diese Interpellation. Die SP wünscht gemäss Interpellation eine sinngemässe Umsetzung des kantonalen Gesetzes zur Förderung des kulturellen Lebens auch auf Stufe Gemeinde. Das würde für Schulhausbauten wie Wiesental und Sternmatt je CHF 500'000.– Sollbeträge für Kunst am Bau bedeuten. Das kommt für uns von der SVP so nicht in Frage. Es gilt festzuhalten, dass selbst der Regierungsrat im Bericht und Antrag zu diesem Gesetz im Jahr 2015 erwähnt hat – man kann das in den Materialien der damaligen Protokolle des Kantonsrats nachlesen –, dass diese Regelung keineswegs für die Gemeinden gedacht ist. Das ist nur für grosse kantonale Projekte gedacht. Solche Beträge von CHF 500'000.– für Kunst am Bau bei einzelnen Schulhausprojekten sind für uns jenseits von Gut und Böse. Das käme fast einer versteckten Subventionierung der Kunstbranche gleich. Bauprojekte, vor allem Schulhäuser, müssen zweckmässig sein und durch ihre Architektur überzeugen. Und nicht durch erzwungene Kunst am Bau.

Aus Sicht der SVP muss deshalb projektbezogen beurteilt werden, ob man für Kunst am Bau Geld ausgeben möchte oder nicht. Und wenn ja, wie viel. Man kann dann auch projektbezogen entscheiden und prüfen, ob es allenfalls auch private Gönner gibt, die sich an einer möglichen Finanzierung beteiligen würden. Gerade hier im Raum Zug gibt es den einen oder anderen kunstaffinen Mäzene und entsprechende Stiftungen, die man mit ins Boot holen könnte. Eine starre verbindliche Regelung macht unflexibel und bindet dem Gemeinderat und uns als Souverän nur unnötig die Hände. Wir erwarten, dass Beträge für Kunst am Bau in Vorlagen transparent ausgewiesen werden. Bei der Vorlage zur Umgebungsgestaltung Sternmatt, die im März meines Wissens an die Gemeindeversammlung und nicht an die Urne kommt, soll dieser Betrag separat ausgewiesen werden und transparent ersichtlich sein. So, dass auch der Bürger an der Gemeindeversammlung die Möglichkeit hat, einen entsprechenden Antrag auf Kürzung oder Erhöhung stellen kann, wenn er mit dem budgetierten Betrag nicht zufrieden ist. Denn Kunst am Bau muss unserer Meinung nach wie jeder andere Steuerfranken, der ausgegeben wird, demokratisch legitimiert sein. Wir müssen darüber abstimmen können.

Ebenfalls erwarten wir von der SVP Baar, dass Kunst am Bau bei Schulhäusern alters- und bedürfnisgerecht ist. Bei Schulhäusern braucht es nicht irgendwelche tote Skulpturen oder böse gesagt Staubfänger. Kunst am Bau soll aktiv erlebbar für die Schülerinnen und Schüler sein. Von Kindern soll sie bestenfalls zum Spielen und für Bewegung genutzt werden, wie wir es bei der Stufenpyramide im Wiesental oder beim Tatzelwurm in Inwil haben. Alles andere macht unseres Erachtens keinen Sinn. Wir bitten den Gemeinderat, sich das bei künftigen Projekten zu Herzen zu nehmen.

Walter Lipp

Ich nehme die Anregungen auf.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der SP Baar betreffend «Kunst am Bau bei den Baarer Schulprojekten Wiesental, Sternmatt I und Sternmatt II» sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation der SP Baar wird Kenntnis genommen.

Traktandum 7

Interpellation der Alternative – die Grünen Baar betreffend «Schulhausbau der Stadt Zug an der Gemeindegrenze zu Baar (Arbach-Quartier) und grenzüberschreitende Schulraumplanung» – Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 24. Oktober 2023 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

André Guntern

Die Wogen gingen hoch, als der Zuger Stadtrat im Juni zur allgemeinen Überraschung bekannt gab, dass er im Arbach ein neues Schulhaus bauen will. Ebenso überraschend hat der Stadtrat im September diese Pläne aber wieder fallen lassen. Das Ganze war für den Stadtrat ein kommunikativer Super-GAU! Das Schulhaus, das zuerst vehement verteidigt wurde, ist kurze Zeit später nicht mehr nötig gewesen.

Um ein bisschen Licht in die Stadtzuger Blackbox zu bringen, haben wir von der Alternative – die Grünen Baar dem Gemeinderat mit einer Interpellation die Gelegenheit gegeben, es bezüglich Kommunikation besser zu machen als die Stadt Zug. Viele Antworten zum Informationsaustausch, zum Planungsprozess und zum Stand der Baarer bzw. Inwiler Schulraumplanung sind wohl sachlich korrekt und werden im Sinne der Transparenz dem Gemeinderat auch herzlich verdankt.

Da das Projekt wenigstens vorläufig vom Tisch ist, könnte man das Thema auf die Seite legen. Schaut man aber etwas genauer hin, muss man zur Haltung des Gemeinderats, die den Antworten zum grossen Teil zugrunde liegt, kritische Anmerkungen machen.

Ich will Ihnen das an Beispielen aufzeigen. In der Antwort auf Frage 2 steht, dass das geplante Schulhaus nicht im Perimeter der Gemeinde Baar liegt, was stimmt. Daraus folgert der Gemeinderat jedoch, er habe darum keine politische Legitimation, auf das Projekt der Stadt Zug einzuwirken. Das klingt schon etwas nach einer Ausrede. Getraut sich der Baarer Gemeinderat nicht, dem grossen Nachbarn seinen politischen Standpunkt darzulegen? Zu den Themen Mehrverkehr, Landschaftsverbrauch, Architektur oder Naherholung im Zusammenhang mit dem nicht gerade kleinen Schulhausprojekt gäbe es gewiss genug kritische Fragen, die man dem Zuger Stadtrat in einer frühen Projektphase hätte stellen können. In den Antworten wird mehrmals darauf hingewiesen, dass man sich dann schon in den späteren ordentlichen Verfahren und in den Vernehmlassungen eingebracht hätte. Dies zeugt aber nicht gerade von einer selbstbewussten Haltung, die man sich vom Baarer Gemeinderat sonst gewohnt ist, und von einem proaktiven Handeln.

Die wenig verständliche Zurückhaltung zeigt sich auch beim Einsatz für die Anliegen und Interessen der am meisten betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner im Baarer Quartier Arbach. In der Antwort auf die Frage 4 hält der Gemeinderat knapp fest, dass die Betroffenen ja auf privat-rechtlichem Weg eine Einsprache gegen das Bauprojekt einreichen können. Erneut wird auf das spätere formelle Planungsverfahren verwiesen, bei dem der Gemeinderat die übergeordneten Interessen – also die Interessen, die ganz Baar betreffen – in eine Stellungnahme eingebracht hätte. Doch was ist mit

den Interessen der kleinen, aber stark betroffenen Gruppe der Anwohnerinnen und Anwohner im Arbach? Ich glaube, ein ganzes Quartier darf schon erwarten, dass sich der Gemeinderat für sie einsetzt und sie nicht im Regen stehen lässt.

Bei den Antworten zu den Fragen 6 bis 8 nach dem anstehenden Schulraumbedarf hält der Gemeinderat fest, dass dieser abgedeckt sei. Die gewählten Begriffe hinterlassen aber den Eindruck von einem gewissen Widerspruch in den Aussagen. Einerseits liege die Schulraumplanung in der Verantwortung jeder Gemeinde und eine gemeindeübergreifende Planung sei komplex und würde die Prozesse zusätzlich erschweren. Andererseits würden sich Zug und Baar über die Schulraumplanung austauschen und die Bedürfnisse der Nachbargemeinde abholen, was politisch und raumplanerisch Sinn mache. Also was jetzt? Abschottung oder Kooperation? Vielleicht kann der Gemeinderat ja mit der Beantwortung meiner Fragen etwas zur Klärung beitragen.

Zwischen Lüssi und der Baarermitte entstehen in den nächsten Jahren zwei grosse Überbauungen mit rund 200 Wohnungen, nur getrennt durch die Göblistrasse respektive durch eine Gemeindegrenze. Das heisst, es entsteht ein neues Wohnquartier, in dem viele Kinder zusammen aufwachsen. Werden jetzt die Kinder nördlich von der Strasse nach Inwil und die Kinder südlich der Strasse ins Guthirt in die Schule geschickt? Die ALG ist klar der Ansicht, dass die Schulraumplanung nicht an der Gemeindegrenze Halt machen darf. Dass das möglich ist haben die Gemeinden Cham und Hünenberg mit dem Bau des gemeinsamen Schulhauses «Eichmatt» bewiesen. Gibt es Ideen, Absichten oder was auch immer, die Gemeindegrenze nicht als Mauer, sondern als Chance für eine gemeinsame Lösung zu verstehen?

Oder anders gefragt, was steckt hinter der Aussage des Zuger Stadtrats – zu lesen im grauen Kasten auf Seite 57 – dass für den längerfristigen Schulraumbedarf die von der Mitte im Jahr 2022 angestossene, gemeindeübergreifende Planung im Gebiet Lüssi weiterverfolgt wird? Können wir hoffen, dass die beiden Gemeinden das beim gescheiterten Schulhaus Arbach unübersehbare Gärtlidenken überwinden?

Besten Dank dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Fragen.

Zari Dzaferi

«Mischt euch nicht in fremde Händel» hat Walter Lipp von der ehemaligen CVP gesagt, das ist von Bruder Klaus. Ich hätte das Zitat gerade nicht so zur Hand gehabt wie er. Es bringt es ziemlich auf den Punkt, was die Haltung der Gemeinde Baar bei der Zusammenarbeit mit der Stadt Zug war. Es ist keinesfalls so, dass wir uns nicht gegen die Grossen zu wehren trauen. Die Stadt Zug hat uns von Anfang an orientiert, dass sie an der Planung dran sind. Das haben wir so zur Kenntnis genommen. Es war noch viel zu früh, uns dort einzumischen. Wir haben viele verschiedene Zusammenarbeitspunkte mit der Stadt Zug, bei denen es sich nicht lohnt, sich so früh einzumischen. Deshalb haben wir es sein lassen und wie Sie gesehen haben, war es schlussendlich kein Thema mehr. In der Situation, in der sich die Anwohner zu Recht wehren und einbringen, bringt es nichts, wenn wir uns als Gemeinde zusätzlich einbringen. Es wurde gesagt, dass wir die Interessen der Baarerinnen und Baarer wahren müssen. Das machen wir sehr wohl für die Schulen Baar. Wir haben Schulhausbauten von rund CHF 180 Mio. im Bau oder im Abschluss. Den Kindern in Baar hilft es nicht, wenn wir uns in Zug noch einmischen. Wir haben viele Aufgaben, im Gemeinderat und in der Bauabteilung, die wir erfüllen müssen. Es gehört nicht zu diesen Aufgaben, uns für die Aussicht von gewissen Anwohnern einzusetzen.

Die Stadt Zug hätte uns in einer nächsten Planungsphase als Gemeinde Baar angehört und dort hätten wir uns einbringen können. André Guntern, die Gemeinde Baar kommt in Deiner Stellungnahme sehr schlecht weg. Ich bin aber der Meinung, dass wir uns absolut korrekt verhalten haben. Genauso, wie ich es von der Stadt Zug auch erwartet hätte, wenn wir an der Grenze etwas planen.

Die übergemeindliche Planung wird zunehmend wichtiger. Der Boden wird knapper, Baar und Zug wachsen an gewissen Punkten zusammen und es macht absolut Sinn, dass wir gemeinsam nach Lösungen suchen, bei denen man beispielsweise einen Teil von Infrastrukturprojekten auf Zuger Boden und einen Teil auf Baarer Boden realisiert. Wenn jedoch einer von beiden Nein sagt, kommt ein Projekt auch schnell mal zum Erliegen. Konkret geht es nun darum, dass wir im Gebiet Lüssi/Göbli Richtung Kantonschule in ferner Zukunft bei der Verdichtung entlang der Stadtgrenze bei der Zugerstrasse nach Möglichkeiten suchen, wie in Zusammenarbeit mit der Stadt Zug etwas realisiert werden kann. Das kann ein Schulhaus oder Sportinfrastruktur sein. Es macht Sinn und ist nicht verkehrt, dass wir das zusammen anschauen.

Mark Gustafson wird noch ausführen, wie es im Bereich der Schulraumplanung aussieht. In meinen Bereich der Bauplanung arbeiten wir mit der Stadt Zug besser als auch schon zusammen.

Mark Gustafson

Ich nehme kurz Stellung zur Beantwortung der Fragen 6 bis 8, bei denen gesagt wurde, dass es einen gewissen Widerspruch gibt. Meiner Meinung nach gibt es keinen Widerspruch. Als Gemeinde Baar müssen wir unsere eigene Schulraumplanung im Griff haben. Wir haben eine Verantwortung gegenüber unseren Schülerinnen und Schülern, dass wir heute, morgen und übermorgen über genügend Schulraum verfügen. Das ist der eine Grund. Der andere Grund hat Zari Dzaferi schon angesprochen. Es geht um den immer intensiver werdenden Austausch mit der Stadt Zug. Wir brauchen eine eigene Planung, die up to date ist, damit wir uns überhaupt mit ihnen austauschen können, wo es potenziell Bedarf für eine Zusammenarbeit gibt. Wir sind der Überzeugung, dass wir zuerst unsere eigene Planung im Griff haben müssen. Wir sind auf einem guten Weg mit den aktuell laufenden Bauten, um den Bedarf zu decken, der mittelfristig eruiert wurde. Wir brauchen eine starke Basis um darauf basierend dort, wo es Sinn macht, mit einer Nachbargemeinde oder der Stadt Zug allenfalls Lösungen zu finden.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der Alternative – die Grünen Baar betreffend «Schulhausbau der Stadt Zug an der Gemeindegrenze zu Baar (Arbach-Quartier) und grenzüberschreitende Schulraumplanung» sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation der Alternative – die Grünen Baar wird Kenntnis genommen.

Traktandum 8

Interpellation von Franz Lustenberger, Maria Greco und Mitunterzeichnenden zum Verkauf des Zugerbieters an die Swiss Regiomeia AG – Mündliche Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 24. Oktober 2023 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Aufgrund der Dringlichkeit beantworten wir die Interpellation mündlich, das heisst die Gemeindeschreiberin wird die Einleitung und die Antworten und ich die Fragen verlesen.

Einleitung

Der «Zugerbieter» ist seit 117 Jahren (früher unter einem anderen Namen) die Baarer Lokalzeitung, die das Geschehen im Dorf dokumentiert, kommentiert und damit auch belebt. Wer wissen will, was in Baar läuft, kommt um die «Baarer Times» nicht herum. Dass der «Zugerbieter» Baar auch politisch bewegt, zeigt eine Interpellation aus dem Jahr 2006, in der sich die Präsidentinnen und Präsidenten der Baarer Ortsparteien nach dem Zusammenschluss des «Zugerbieters» mit der «Zuger Presse» besorgt um die Zukunft unserer Lokalzeitung zeigten. Wie wichtig der «Zugerbieter» für Baar war, zeigt auch ein Blick über die Gemeindegrenzen: Andere Gemeinden haben keine solche Lokalzeitung und haben Baar darum beneidet.

Dass sich Printmedien allgemein in einer wirtschaftlich schwierigen Situation befinden, ist dem Gemeinderat nicht verborgen geblieben. Trotzdem kam der dem Gemeinderat am Montag, 25. September 2023, mitgeteilte Verkaufsentscheid überraschend. Der Gemeinderat bedauert, dass die bisherige Verlegerin CH Media nie das Gespräch mit der Gemeinde gesucht und den Gemeinderat vor vollendete Tatsachen gestellt hat.

Die Swiss Regiomeia als neue Besitzerin hat dem Gemeinderat in Aussicht gestellt, dass der «Zugerbieter» als Teil der «Zuger Woche» weiterleben soll, während die Marke «Zuger Presse» komplett verschwinden wird. Wie die Integration des «Zugerbieters» in die «Zuger Woche» im Detail erfolgt und wie nachhaltig diese Lösung ist, kann der Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten. Unbestritten ist, dass die Einstellung des «Zugerbieters» in seiner jetzigen Form für die Gemeinde Baar einen herben Verlust bedeutet.

Gerne nimmt der Gemeinderat Stellung zu den Fragen der Interpellantinnen und Interpellanten.

1. Wie beurteilt der Gemeinderat den bevorstehenden Verlust des Zugerbieters in seiner aktuellen Form für die Gemeinde?

Der Gemeinderat bedauert den Verlust des «Zugerbieters» zutiefst. Die «Baarer Times» hat einerseits für die Gemeindeverwaltung und die Gemeindepolitik eine

hohe Bedeutung, andererseits ist der «Zugerbieter» wichtiger Bestandteil und Förderer des Baarer Dorf- und Gesellschaftslebens. Der Gemeinderat teilt die Bestürzung weiterer Teile der Bevölkerung, des Gewerbes, der Vereine und der Parteien, dass der «Zugerbieter» auf Ende Jahr in dieser Form eingestellt wird.

2. Wie viel hat die Gemeinde Baar dem Verlag für die Publikation «Aus dem Rathaus», «Rathauspost» und «Rathus-Schüür»-Inserate bezahlt? Als Gegenleistung haben die Gemeinde und die ganze Bevölkerung eine ausführliche Lokalberichterstattung erhalten, die nicht nur im Kanton Zug einmalig ist. Wie hoch schätzt er den Wert dieser Lokalberichterstattung ein?

Die Gemeinde Baar hat jährlich CHF 209'000.– für die Seiten «Aus dem Rathaus» und «Rathauspost» bezahlt. Mit diesem Betrag sind das Layout und die Publikation von 10 Seiten «Rathauspost» und 49 Seiten «Aus dem Rathaus» abgegolten. Mehrmals im Jahr reichte die Seite «Aus dem Rathaus» aufgrund der vielen Inhalte nicht aus. Der zusätzlich benötigte Raum wurde der Gemeinde nicht verrechnet. Insgesamt hat die Gemeinde damit jedes Jahr 65 bis 70 Seiten im «Zugerbieter» geschaltet. Pro Seite beliefen sich die Kosten damit auf rund CHF 3100.–. Dieser Seitenpreis entspricht dem Inseratpreis für eine Seite mit dem höchsten Wiederholungsrabatt.

Die Kosten für die Rathus-Schüür-Inserate belaufen sich jährlich auf CHF 9'500.–. Bestandteil der Vereinbarung mit dem «Zugerbieter» sind neben dem Abdruck der Inserate die Publikation von Vorschaubeiträgen auf die Veranstaltungen in der Rathus-Schüür sowie auf zwei Ticketverlosungen pro Saison. Die Vorschaubeiträge (Text und Bild) wurden von der Fachstelle Kultur aufbereitet.

Zudem hat die Gemeinde in der Regel vor Weihnachten und im Fasnachtbieter ein Inserat geschaltet, in welchem sie der Bevölkerung besinnliche Festtage resp. eine schöne Fasnacht gewünscht hat. Die Kosten für diese beiden Inserate beliefen sich jährlich auf maximal CHF 2'000.–.

Die Aussage, dass die Gemeinde und die Bevölkerung als Gegenleistung für die bezahlten Seiten und Inserate eine ausführliche Lokalberichterstattung erhalten haben, ist so nicht korrekt. Wie oben geschildert bezahlt die Gemeinde für den ihr zur Verfügung gestellten Raum marktgerechte Preise. Redaktionelle Gegenleistungen waren nie Bestandteil einer Abmachung mit dem «Zugerbieter» resp. mit CH Media. Es bestand und besteht zwar ein enger Austausch mit der Redaktion des «Zugerbieters», diese entscheidet aber frei über die Berichterstattung. Es ist aber sicher so, dass der «Zugerbieter» ohne die von der Gemeinde bezahlten Seiten bereits früher wirtschaftlich nicht mehr tragbar gewesen wäre. Der «Zugerbieter» war aber zu keiner Zeit im Besitz der Gemeinde. Entsprechend hat die Gemeinde keinen Einfluss auf die Berichterstattung. Wie oben geschildert schätzt der Gemeinderat den Wert dieser Berichterstattung als sehr hoch ein.

3. Neuer Besitzer des Zugerbieters ist die Swiss Regiomedica AG. Will die Gemeinde auch ein Nachfolgeprojekt (nach einer allfälligen Fusion des Titels mit der Zuger Woche) unterstützen? Knüpft er eine weitere Unterstützung an inhaltliche und journalistische Bedingungen? Wenn ja, an welche Bedingungen?

Der Gemeinderat hat sich mit der neuen Besitzerin des «Zugerbieters», der Swiss Regiomedia AG, ausgetauscht und eine mögliche Zusammenarbeit geprüft. Eine Weiterführung des «Zugerbieters» als eigenständiges Blatt wurde von der Swiss Regiomedia AG aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt. Sie hat der Gemeinde die Integration der Gemeindeseiten «Aus dem Rathaus» und «Rathauspost» zu vergleichbaren Konditionen wie im «Zugerbieter» angeboten. Ebenso hat sie in Aussicht gestellt, die Lokalberichterstattung des «Zugerbieters» zu integrieren. Allerdings setzt die «Zuger Woche» keine freien Mitarbeitenden ein. Vielmehr ist die Erwartung, dass Vereine, Parteien, Organisationen etc. die Redaktion der «Zuger Woche» mit Text- und Bildmaterial beliefern, wie das bereits heute der Fall ist.

Angesichts der oben geschilderten Ausgangslage und angesichts der Tatsache, dass der Verwaltungsrat der Swiss Regiomedia AG parteipolitisch eine klare Prägung hat, verzichtet der Gemeinderat auf eine Zusammenarbeit. Es ist ihm wichtig zu betonen, dass dieser Entscheid bei jeder parteipolitischen Prägung gleich ausgefallen wäre. Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, nur mit politisch neutralen Verlagen zusammenzuarbeiten. Insofern erübrigen sich die Fragen nach inhaltlichen und journalistischen Bedingungen. Es wäre aus Sicht des Gemeinderats auch nicht angebracht, dass er vertraglich solche Bedingungen festsetzt. Dies hat er im Sinne der redaktionellen Unabhängigkeit auch beim «Zugerbieter» resp. mit CH Media nie getan.

4. Wie will der Gemeinderat nach dem Ende des Zugerbieters die Information der Bevölkerung über Gemeindeangelegenheiten sicherstellen? Welches Medium ist in Zukunft das «amtliche Publikationsorgan der Gemeinde Baar»?

Die Bezeichnung «amtliches Publikationsorgan der Gemeinde Baar» für den «Zugerbieter» ist spätestens seit der Annahme der neuen Gemeindeordnung am 27. November 2022 grundsätzlich nicht mehr korrekt. War vorher der «Zugerbieter» in der Gemeindeordnung tatsächlich als Publikationsorgan genannt, ist dies heute nicht mehr der Fall. Die Publikation von gesetzgeberischen Erlassen und amtlichen Bekanntmachungen erfolgt gemäss dem kantonalen Publikations- und dem Gemeindegesetz. Dies bedeutet, dass gesetzgeberische Erlasse und amtliche Bekanntmachungen zwingend im Amtsblatt publiziert werden müssen. In der Gemeindeordnung ist zudem festgelegt, dass eine Publikation auf der Internet-Seite erfolgt. Ein weiteres «amtliches Publikationsorgan» wäre deshalb gesetzlich gesehen nicht notwendig.

Der Gemeinderat bekennt sich in der Gemeindeordnung aber zu einer aktiven, verständlichen und zeitgerechten Information der Bevölkerung. Dazu nutzt er unterschiedliche Kanäle wie die Website, Social Media oder Printmedien. Durch den Verkauf des «Zugerbieters» und die damit verbundene Integration in die «Zuger Woche» fällt jedoch ein wichtiger Informationskanal zumindest teilweise weg. Es ist davon auszugehen, dass die «Zuger Woche» auch in Zukunft wie bis anhin, Medienmitteilungen der Gemeinde Baar publizieren wird, auch wenn die Gemeinde auf eine Publikation der Seiten «Aus dem Rathaus» und «Rathauspost» verzichtet. Dennoch ist es dem Gemeinderat ein Anliegen, weiterhin proaktiv, eigenständig und nicht nur über Medienmitteilungen, deren Publikation nicht gesichert ist, zu informieren. Er strebt deshalb die Herausgabe eines gemeindlichen Informationsorgans in gedruckter Form an (siehe Frage 5).

5. Was plant der Gemeinderat, damit Vereine, Parteien, das Gewerbe, die Kultur, der Sport, etc. auch in Zukunft über eine ganz lokale Plattform verfügen, mit der sie die Menschen in Baar erreichen können? Neben der Berichterstattung sind vor allem Vorschauen auf kommende Veranstaltungen für die Bevölkerung und die Veranstalter von hohem Interesse; wie soll diese Funktion sicher gestellt werden?

Grundsätzlich ist es keine gesetzliche Aufgabe der Gemeinde, als Verlegerin eine Lokalzeitung herauszugeben, die Vereinen, Parteien, Gewerbe, Kultur und Sport zur Verfügung steht. Dem Gemeinderat ist es aber wie bereits betont ein Anliegen, dass eine mediale Plattform erhalten bleibt, die das Gemeindeleben fördert und Identität schafft. Er hat deshalb entschieden, ein gemeindliches Informationsorgan zu lancieren, das nicht nur der Kommunikation der Behörden dient, sondern auch Vereinen, Parteien, Gewerbe, Kultur und Sport offensteht.

6. Ist der Gemeinderat bereit, eine solche Plattform für unabhängigen Journalismus (Online und / oder Print) im Lokalbereich mitzufinanzieren und über einen längeren Zeitraum zu unterstützen? Kann sich der Gemeinderat eine breit abgestützte Baarer Plattform vorstellen? Hat sich der Gemeinderat Gedanken gemacht, wer für eine solche Baarer Plattform verantwortlich zeichnen könnte?

Dass der «Zugerbieter» als eigenständige Lokalzeitung eingestellt wird, hat finanzielle Gründe. Dass ein Verlag auf eigene Initiative eine neue Lokalzeitung lanciert, ist aus wirtschaftlichen Gründen nicht realistisch. Soll eine gemeindliche Informationsplattform bestehen bleiben resp. neu geschaffen werden, wird dies nur über eine massgebliche finanzielle Beteiligung der Gemeinde möglich sein. Allerdings ist die von den Interpellantinnen und Interpellanten gewünschte Unabhängigkeit stark beeinträchtigt, wenn die Gemeinde die Finanzen bereitstellt. Um zumindest eine redaktionelle Unabhängigkeit zu schaffen, beabsichtigt der Gemeinderat, die Herausgabe eines gemeindlichen Informationsorgans mittels einem Leistungsauftrag extern zu vergeben. Das künftige Informationsorgan soll – so die Absicht des Gemeinderats – aus einem ersten Teil mit Informationen der Gemeinde sowie einem zweiten, redaktionell unabhängigen Teil bestehen. Während die Informationen der Gemeinde – wie bereits im «Zugerbieter» – von der Gemeindeverwaltung aufbereitet werden, werden die Inhalte des zweiten Teils von einer unabhängigen, externen Redaktion bestimmt, verfasst, redigiert und gelayoutet. Zur Unterstützung der externen Redaktion soll eine Redaktionskommission gebildet werden, in der neben der Redaktorin/dem Redaktor und einer Vertretung der Gemeinde mehrere Vertreterinnen und Vertreter aus Vereinen, Parteien und Organisationen Einsitz nehmen. Die Redaktionskommission definiert die publizistischen Leitlinien, führt das gemeindliche Informationsorgan strategisch und ist beratend tätig. Wie bis anhin sollen auch freie Mitarbeitende für die Berichterstattung eingesetzt werden.

Das neue gemeindliche Informationsorgan soll in einer ersten Phase zweimal monatlich (mit Ausnahme der Monate Januar, Juli, August und Dezember, in welchen nur eine Ausgabe vorgesehen ist) als reines Printprodukt erscheinen und kostenlos in alle Haushalte verteilt werden. Die Publikation von Vereinsberichten und von Veranstaltungshinweisen soll kostenlos erfolgen. Inserate und PR-Berichte sind kostenpflichtig.

In einer zweiten Phase – wenn sich das Konzept und die Struktur etabliert haben – kann zusätzlich eine Online-Plattform in Betracht gezogen werden.

7. Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass eine lebendige Demokratie den politischen Diskurs braucht und damit auch eine Plattform für die Auseinandersetzung mit verschiedensten Ansichten und Meinungen? Wie will er nach dem Wegfall des Zugerbieters diese Diskussionskultur beibehalten?

Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass ein lebhafter politischer Diskurs Voraussetzung für das «Baarer Modell» mit Gemeindeversammlung ist. Dieser Diskurs passiert einerseits im «Zugerbieter», aber auch in anderen analogen und digitalen Medien. Ebenso wichtig sind der Austausch und die Diskussion an Informationsveranstaltungen, an der Gemeindeversammlung oder auch am Stammtisch. Entsprechend ist es dem Gemeinderat ein Anliegen, dass im geplanten neuen gemeindlichen Informationsorgan die politischen Parteien Raum erhalten – sei es in einer monatlichen Kolumne, im Rahmen eines Parteienforums oder in Form von Leserbriefen. Es wird Aufgabe der Redaktionskommission sein, geeignete Formate zu entwickeln.

Franz Lustenberger

Am nächsten Dienstag finden Sie den letzten «Zugerbieter» in Ihrem Briefkasten, eine Ära von über 110 Jahren geht zu Ende. Grund genug, das Ende unseres Lokalblattes zu bedauern. Grund aber auch, um nach vorne zu schauen und Alternativen zu überlegen. Mit dem Blick nach vorne haben Maria Greco und ich sowie Mitunterzeichnende die Interpellation eingereicht. Wir danken dem Gemeinderat für die Beantwortung unserer Fragen.

Als unsere Familie vor gut 35 Jahren nach Baar gezogen ist, hat mich als Journalist etwas besonders fasziniert: Wow, diese Gemeinde hat eine eigene und unabhängige Wochenzeitung, in der die Vielfalt des Geschehens in Baar gezeigt und thematisiert wird. Während Jahren habe ich den Zugerbieter immer gelesen, weil er den Menschen in Baar eine Stimme gab, weil dort der «Normalbürger» vorkommt und nicht nur Politiker und Vereinsaktuare. Obwohl ich nichts gegen Politiker und Vereinsaktuare habe. Der Zugerbieter hat auch den Vorteil, dass er die schönen Seiten vom Leben in einer Gemeinde zeigt. Man spricht immer von den Medien, die über das Negative berichten. In einer Lokalzeitung ist das nicht der Fall und das Leben wird so gezeigt, wie es passiert und wie es die Menschen erleben. In den letzten sieben Jahren, seit meiner Pensionierung, habe ich als freier Mitarbeiter für den Zugerbieter gearbeitet, womit auch gleich meine Interessenbindung transparent gemacht wäre.

Noch ein paar Bemerkungen zu den Antworten, die ich grundsätzlich sehr positiv finde. Es ist unverständlich, dass der Gemeinderat nur wenige Tage vor der Öffentlichkeit vom Verkauf erfahren hat. Die Gemeinde Baar ist nicht nur der wichtigste Inserent, die Gemeinde Baar ist mit dem Zugerbieter eng verbunden. Auch wenn es keinen direkten Auftrag gab, ohne die Gemeinde Baar hätte es den Zugerbieter schon länger nicht mehr gegeben. Das zeigt auch die Geschichte auf der Frontseite des heutigen Zugerbieter. So springt man nicht mit einem wichtigen Kunden um und stellt ihn vor vollendete Tatsachen. Das geht so nicht.

Der Gemeinderat hat rasch gehandelt. Er hat eine Umfrage bei der Bevölkerung gestartet, bei der viele mitgemacht haben. Und er strebt an, ein gemeindliches Informationsorgan in gedruckter Form herauszugeben. In unserer Interpellation haben wir gedruckt und/oder online angeregt. Wir Interpellantinnen und Interpellanten begrüßen dies sehr. Wir begrüßen auch die angestrebte Zweiteilung in einen Informationsteil durch die Behörden einerseits und einen redaktionell unabhängigen Teil andererseits, mit einer externen Redaktion und freien Mitarbeitenden, die im Dorf verwurzelt sind. Das bringt die Geschichten, die die Menschen betreffen.

Wir wünschen uns, wie der Gemeinderat schreibt, eine möglichst breit abgestützte Trägerschaft. Sei das inhaltlich oder finanziell. Das entspricht dem Baarer Modell der Zusammenarbeit und des Einbezugs möglichst aller Interessengruppen. Was passiert, wenn einer allein bestimmen kann, haben wir jetzt erlebt. Der Verlag CH Media hat entschieden, dass in drei Monaten Schluss ist. So geht es nicht mit einem Medium, das für die Demokratie wichtig ist.

Wir wünschen uns eine möglichst rasche Umsetzung, damit das neue Blatt bald die Baarerinnen und Baarer mit Geschichten informieren kann.

In der Interpellation wie in der Antwort des Gemeinderates wird fast zärtlich von der «Baarer Times» geschrieben. Das wäre doch ein Name für das zukünftige Gemeindeblatt? Dann hätten wir eine Tradition, die wir weiterführen. Wir Interpellantinnen und Interpellanten werden jedenfalls dranbleiben und das Entstehen des neuen Blattes mit unserem Input begleiten. Dies bereits nächste Woche, wenn der Gemeinderat zu einer Zusammenkunft einlädt.

Besten Dank für Ihre Treue zum Zugerbieter und im nächsten Jahr zur Nachfolgezeitung. Danke dem Gemeinderat für die Beantwortung.

Ronahi Yener

Die SP Baar hat die Interpellation bezüglich Verkaufs des Zugerbieter und der Zukunft der lokalen Berichterstattung mit grossem Interesse verfolgt. Die «Baarer Times» war nicht nur eine Zeitung, sondern auch ein wichtiger Teil der lokalen Identität und der Motor unseres Gemeindelebens.

Die SP Baar bedauert aufrichtig, wie der Gemeinderat auch, den Verlust des Zugerbieter in seiner bisherigen Form. Die Lokalzeitung hat nicht nur eine herausragende Bedeutung für die Gemeindeverwaltung und Politik, sie ist auch integraler Bestandteil des sozialen Lebens in Baar. Wir betrachten mit Sorge den anhaltenden Trend von Übernahmen von kleinen Lokalzeitungen, wie es hier der Fall ist mit Blochers Medienhaus Swiss Regiomeidia. Es ist der Verlust der lokalen Identität, eine Abnahme von redaktioneller Unabhängigkeit, ein Verlust von bedeutungsvollen Arbeitsplätzen und eine Monopolisierung der Meinungsbildung. Die Konzentration von Medien in den Händen von wenigen, kann unsere Pressefreiheit gefährden. Unsere Medien sind unsere vierte Gewalt und essenziell für eine lebendige Demokratie.

Die Entscheidung vom Gemeinderat, keine Zusammenarbeit mit der Swiss Regiomeidia einzugehen, wird von der SP Baar unterstützt. Die Betonung der politischen Neutralität und die Ablehnung einer Korporation, die die redaktionelle Unabhängigkeit gefährden könnte, ist nachvollziehbar und wichtig.

Wir begrüßen ausdrücklich die proaktive Haltung des Gemeinderates, auch nach dem Ende des Zugerbieters die Information an die Bevölkerung sicherstellen zu wollen. Die

geplante Herausgabe eines gemeindlichen Informationsorgans wird als entscheidenden Schritt in die richtige Richtung angesehen. Auch die Initiative des Gemeinderates, eine Plattform für Vereine, Parteien, Gewerbe und Kultur zu schaffen, erachtet die SP Baar als wichtig und wird als positiv gewertet. Vor allem in Anbetracht von unserem Baarer Modell, das als Gemeindeversammlung und nicht mit einem Parlament organisiert ist, ist ein lebendiger politischer Diskurs entscheidend. Die Integration von politischen Parteien in das geplante Informationsorgan wird als bedeutender Beitrag angeschaut. Die SP Baar steht hinter dem Gemeinderat und unterstützt die Bemühungen für eine tragfähige Lösung.

Den Moment nutzen wir auch gerne, um uns beim gesamten Team des Zugerbieter für die tolle Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren zu bedanken. Die SP Baar dankt besonders Claudia Schneider, die die Bedeutung dieses politischen Diskurses immer hochgehalten und mit ihrer Arbeit den Baarer Parteien eine essenzielle Plattform beim Zugerbieter geboten hat.

Adrian Rogger

Die SVP Baar bedankt sich bei den Interpellanten, dass sie dieses Thema aufgegriffen haben und auch beim Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation.

Auch die SVP Baar bedauert die Situation, dass die Swiss Regiomedia als neue Inhaberin unseren geliebten Zugerbieter per Ende Jahr einstellt und ist der Überzeugung, dass es unbedingt auch weiterhin ein Format braucht, welches über das Baarer Dorfleben, über Vereine, Kultur, das Gewerbe, über Politik und Amtliches berichtet. Doch sind wir auch der Meinung, dass es nicht die Aufgabe der Gemeinde Baar sein sollte, Herausgeber einer Wochen- oder Zweiwochenzeitung zu werden. Wie auch das Führen eines Restaurants (Baarcity), ist das Herausgeben einer Zeitung keine Kernaufgabe einer Gemeinde. Dies schreibt der Gemeinderat auch so in seiner Beantwortung. Die Bestrebungen des Gemeinderates, eine Nachfolgelösung zu finden, schätzen wir aber sehr. Wie ein solches Informationsorgan dann aussehen wird, steht noch offen und wird sich vermutlich in den nächsten Wochen klären. Auch der geplante Round-Table vom 18. Dezember wird sicherlich dazu beitragen, gemeinsam eine gute Lösung zu finden. Die Kosten dafür sollten aber im Auge behalten und transparent ausgewiesen werden. Eine unabhängige Redaktionskommission befürworten wir, doch sollen alle Interessensgruppen wie Vereine, Kultur, Gewerbe und Politik einbezogen und in die Pflicht genommen werden. Vor allem das Gewerbe, was Inserate anbelangt, wird wichtig sein für die Finanzierung. Beitragsentschädigungen für Inhalte sollen möglichst tief gehalten oder sogar ganz darauf verzichtet werden. Das neue Publikationsorgan soll im Interesse der Gemeinde und der Gesellschaft in freiwilliger Zusammenarbeit leben und der Bevölkerung einen echten Mehrwert schaffen.

Walter Lipp

Wir setzen uns dafür ein, dass wir unsere Mitteilungen an Sie verbreiten können. Wir benötigen dafür, wie schon gesagt, ein Pendant. Nur Gemeindenachrichten sind weniger interessant. Wenn wir das gemeindliche Informationsorgan zusammen machen können, wird es erfolgreich.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation von Franz Lustenberger, Maria Greco und Mitunterzeichnenden zum Verkauf des Zugerbieters an die Swiss Regiomedica AG sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation von Franz Lustenberger, Maria Greco und Mitunterzeichnenden wird Kenntnis genommen.

Walter Lipp

Wir sind am Ende der Gemeindeversammlung angelangt. Der Gemeinderat wünscht Ihnen und Ihren Lieben eine frohe Adventszeit, frohe Weihnachten und alles Gute im neuen Jahr. Wünschen wir uns nur zwei Sachen: Dass wir gesund bleiben und die Gemeinschaft miteinander stärken können.

Selbstverständlich sind Sie auch dieses Jahr zu einem Apero eingeladen. Danke für Ihr Erscheinen. Die Versammlung ist geschlossen.

Für das Protokoll



Andrea Bertolosi
Gemeindeschreiberin

Baar, 4. Januar 2024 BEA/nust